

Rezensionen

Parinas Parhisi: *Frauen in der iranischen Verfassungsordnung*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2010 (= Verfassung und Recht in Übersee, Beiheft 24), 344 Seiten

Mit der vorliegenden Publikation, die auf einer rechtswissenschaftlichen Dissertation an der Universität Frankfurt a.M. basiert, beabsichtigt die Autorin, eine deutsch-iranische Juristin, die rechtliche Stellung der Frauen in der Islamischen Republik Iran jenseits emotional aufgeladener und klischeehafter Vorstellungen und Essentialisierungen einer sachlich-kritischen Analyse zu unterziehen, die historische und sozio-kulturelle Realitäten der Gesellschaft einbezieht. In Abgrenzung von einer nicht zuletzt in der juristischen Disziplin hierzulande verbreiteten „Rechtskulturarroganz“, die pauschal eine Vereinbarkeit von „Islam“ und „Demokratie“ negiert (16ff), geht es ihr darum, durch eine binnenperspektivische Betrachtungsweise die innere Logik und Dynamik des Rechtsdiskurses nachvollziehbar zu machen und Reformpotenziale auszuloten.

Dabei bezieht Parinas Parhisi insbesondere die weitgefächerten, internen diskursiven Auseinandersetzungen über die rechtlichen Grundlagen der Islamischen Republik im Allgemeinen und die Rechte der Frauen im Besonderen ein. Die Arbeit soll zeigen, „wie Frauenrechte in einem Staat gestaltet sind, dessen Verfassung einen Schariavorbehalt vorsieht und somit grundsätzlich anderen Prämissen unterliegt als die hiesige“ (29). Indem Parhisi neuere Ansätze unter iranischen Rechtsgelehrten rezipiert und diskutiert, hinterfragt sie

kritisch das vermeintliche Dogma einer Unveränderlichkeit der Bestimmungen der Scharia, des religiösen Rechts, und macht die Dynamik und Flexibilität religiöser Normsetzungen sichtbar. So legt sie mögliche verfassungsrechtliche Potenziale dar, die „eine Aufwertung bzw. den Ausbau der Frauenrechte aus der immanenten Sicht des islamischen Rechts möglich erscheinen lassen“ (30).

Dem methodischen Vorgehen liegt die erklärte Absicht zugrunde, „ohne vorgefertigte Schablonen dem Thema zu begegnen und nicht nach Abweichungen von der vermeintlich überlegenen ‘abendländischen Moderne’ zu fragen“ (318). Stattdessen seien „Frauenrechte in Iran am Maßstab eigener sozio-kultureller Besonderheiten zu entwickeln“ (31). Damit möchte Parhisi nicht kulturell relativistischen Ansätzen das Wort reden. Vor dem Hintergrund der Vielfalt des iranischen kulturellen Erbes, das keineswegs nur islamisch bestimmt sei, ist ihr Anliegen vielmehr, dass „ein tabufreier Diskurs im Lande sowie ein Dialog mit der westlichen Kultur ... auf Augenhöhe“ (31) möglich wird.

Die Arbeit verknüpft zwei komplexe, sich vielfältig verzweigende Argumentationsstränge: Zum einen analysiert sie rechtswissenschaftlich versiert die verfassungs- und frauenrechtlichen Normsetzungen sowie einschlägig darauf bezogene Diskurse einschließlich weitreichender Reformkonzepte. Der zweite Schwerpunkt widmet sich sozialwissenschaftlich inspiriert in historischer Perspektive soziokulturellen Entwicklungsdynamiken bezüglich der Stellung der Frauen und realen

Gegebenheiten gesellschaftlicher und politischer Teilhabe.

Als Grundlage für ein tiefergehendes Verständnis von Rechtsdiskursen und Rechtsentwicklung in der Islamischen Republik entfaltet Parhisi zunächst die Grundzüge des islamischen Rechts. Neben rechtsgeschichtlichen Aspekten stellt sie die verschiedenen Rechtsschulen, die konstitutiven Rechtsquellen, die der klassischen Theorie zufolge Koran, Sunna, Konsens und Analogieschluss umfassen, sowie das Prinzip des *'ejtehad* (arab. *Ijtihad* = Bemühung) als spezifischen „Inbegriff des schiitischen Rechtssetzungsverfahrens“ (51) vor: In der schiitischen Rechtsentwicklung spielt dieses Prinzip, das die persönliche Bemühung eines kompetenten religiösen Rechtsgelehrten im Sinne der selbständigen Urteilsfindung meint, eine bedeutende Rolle. Mit ihm kann die Kategorie der Vernunft (*'aql*) in das Rechtsfindungssystem integriert werden. So ergeben sich innerhalb des schiitisch-islamischen Systems verfassungstheoretisch Möglichkeiten zur „Anwendung dynamischer Interpretation“ (53), denn *'ejtehad* gehört laut Art. 2 Abs. 6a der Verfassung de jure zu den Säulen der Islamischen Republik (60). Weitreichende Chancen einer hermeneutischen Betrachtungsweise sieht Parhisi des Weiteren im Kontext der Auslegungsmethoden gegeben. „Der Islam kennt ein ausdifferenziertes Konzept der Auslegungs- und Interpretationsmethoden (*tafsir*), die sich im Laufe der Jahrhunderte verfeinert haben“ (56). An verschiedenen Beispielen weist sie ausgefeilt und schlüssig nach, „dass hermeneutische Interpretationsmöglichkeiten für den vermeintlich starren Text im Islam existieren. ... Damit wäre die

theoretische Öffnung der Dogmatik für zeitgemäße Veränderungen hinsichtlich der Frauenrechte gegeben“ (59).

Vor dem skizzierten Horizont möglicher dynamischer hermeneutischer Interpretationen der religiösen Quellen nimmt Parhisi die religiös-rechtlichen Positionen führender Rechtsgelehrter in den Blick und beleuchtet ihre Haltung zu Frauenrechten. Neben konservativen „traditionellen“ Auffassungen (vertreten etwa von Khomeini oder Motahari), stellt sie progressivere, „neo-traditionelle“ Interpretationsansätze (Eshkevari, Sane'i, Bojnourdi) vor, die unterschiedlich weitreichend koranische Aussagen zu Frauenrechten nicht als überzeitlich gültig, sondern als zeit- und ortsgebunden bewerten. Diesen religiös-rechtlich argumentierenden Auffassungen zufolge sind Frauen diskriminierende Regelungen wie bspw. das Zeugenstandsrecht, das Erbrecht, das Blutgeld oder das Richteramt änderungswürdig und -fähig (70). Ausführlich und aufschlussreich geht Parhisi auf die Entfaltung des neueren Reformdiskurses ein, der explizit oder implizit im Hinblick auf Frauenrechte relevant ist. Dabei richtet sie ihren Blick auf die Reformer Soroush, Shabestari, Kadivar und Khatami (236). Auch diese treten für eine hermeneutische Interpretation ein und suchen den Geltungsanspruch des Islam mit demokratischen und menschenrechtlichen Erfordernissen in Einklang zu bringen und Konzepte einer „islamischen Moderne“ zu entwickeln (252ff). Im Vergleich der verschiedenen Ansätze spricht Parhisi der Position Kadivars „die weitestgehenden Möglichkeiten für eine zeitgemäße Evaluierung religiöser Normen bezüglich Frauen“ (270) zu. Wie islamische Reformer in der

arabischen Welt unterscheidet Kadivar zwischen mekkanischen Suren im Koran und solchen, die Mohammed in Medina empfangen habe. Nur die ersteren mit ihren spirituellen Botschaften seien „ewig“, während die medinensischen Suren im Zeichen der Führung der Gemeinde stünden und somit veränderbar seien (264). Mit einer derartigen hermeneutischen Denkfigur können orthodoxe Lesarten des religiösen Rechts, durch die Frauen diskriminiert werden, grundlegend kritisiert und im Rahmen eines innovativen religiösen Diskurses aufgehoben werden.

Die reformorientierten, religiös argumentierenden Gelehrten tragen mit ihren Diskursen einem rasanten gesellschaftlichen Wandel Rechnung, der Stellung und Teilhabemöglichkeiten von Frauen in den vergangenen Jahrzehnten schwunghaft befördert hat. Als Beleg zitiert Parhisi eine Äußerung Kadivars: „In unserem Land sind Frauen seit einigen Jahrzehnten auf der Überholspur. Wer sagt denn noch, dass die Vernunft der Frauen weniger als die der Männer ist? Es ist nun sogar so brenzlich geworden, dass eine Männerquote für die Universität eingeführt wurde.“ (262)

Vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlichen und einfachgesetzlichen Regelungen, die Rechte und Stellung von Frauen betreffen, befasst sich der zweite Argumentationsstrang des Buches mit der Frage, wie Frauen in Iran ihre kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Teilhaberechte real wahrnehmen. Parhisi spricht dabei die Bedeutung der Medien ebenso an wie den enormen Erfolg von Frauen im Bildungsbereich. Breit und erhellend zeigt sie, welche Möglichkeiten und Grenzen im Rahmen des dominanten

rechtlich-religiösen Diskurses für Frauen in Arbeitswelt, in Sport und Politik gegeben sind und wie der Staat versucht, das Postulat der Geschlechtertrennung durchzusetzen (210ff). Spannend zu lesen sind insbesondere die Ausführungen zu innergesellschaftlichen Debatten um den Ausschluss der Frauen vom Richteramt (181ff) und vom Amt des „religiösen Führers“ (133ff), in denen sich einschlägig qualifizierte Frauen aktiv für gleiche Rechte engagieren. Ausführlich würdigt Parhisi Frauen als Akteurinnen, die sich in einer Unterschriftenkampagne für Gleichberechtigung und für ihre Rechte stark machen, sich in Frauenzeitschriften zu Wort melden und sich in die religiösen Diskurse kompetent und exegetisch geschult einmischen (278ff). Sie betont, dass „muslimische Frauen keine homogene Gruppe sind und in ihren Lebensläufen die Aktivitäten für Frauenrechte vielfältige Strömungen darstellen. Gemeinsam ist ihnen allen wohl, dass sie Frauen diskriminierende Normen eher dem Patriarchat und dessen Auslegungen der Religion zuordnen, als der Religion selbst“ (294).

Abschließend hebt Parhisi noch einmal die besondere Bedeutung der inneriranischen Debatten im Vergleich zu anderen Staaten der islamischen Welt hervor: Die iranischen Protagonisten „operieren innerhalb der Parameter eines Staates, in dem eine Version der islamischen Visionen realisiert ist“ (307). Dennoch sind nach Parhisis Auffassung demokratische Transformationsprozesse nicht ausgeschlossen, zumal „der herrschende Klerus längst begriffen hat, dass zwischen der politischen Lebensfähigkeit des Systems und seiner Flexibilität ein Junktim besteht“ (307).

Die vorliegende Publikation bietet eine Fülle von Informationen und Einsichten, die für Frauenrechtlerinnen, Regionalexperten und Juristen gleichermaßen von großem Interesse sein dürften. Sie zeichnet ein facettenreiches und vielfarbiges Mosaik der rechtlichen und gesellschaftlichen Stellung von Frauen in der Islamischen Republik mit zahlreichen Einsprengseln aus diversen kultur- und sozialwissenschaftlichen Ansätzen. Bei einer juristischen Arbeit mag es nicht allzu verwunderlich sein, dass die sozial- und kulturwissenschaftlichen Bezüge bisweilen etwas verkürzt hergestellt und nicht immer schlüssig integriert werden. Auch wo sie für den Argumentationsgang eher assoziativ und äußerlich bleiben, zeugen die eingestreuten Verweise etwa auf Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Jürgen Habermas, Niklas Luhmann, Michel Foucault, Jean-François Lyotard, Hannah Arendt von einer umfassenden Belesenheit und einem weitgespannten wissenschaftlichen Problemhorizont der Autorin.

Die herausragenden Stärken der Arbeit liegen in der höchst komplexen rechtswissenschaftlichen Analyse islamischer Rechtssetzungen im Allgemeinen und frauenrechtlicher islamischer Diskurse im Besonderen. Verdienstvoll ist zudem, dass zahlreiche persische Primärquellen zugänglich gemacht werden. Damit vermag Parhisi überzeugend nachzuweisen, wie kontrovers, ausdifferenziert und inhaltlich subtil die Diskurse verlaufen. Sie zeigt rechtstheoretisch wie rechtsvergleichend außerordentlich versiert und zukunftsweisend, wie mittels hermeneutischer Deutungen Menschen- und Frauenrechte auch im islamischen Kontext mit religiösen Überzeugungen in Einklang

zu bringen wären. Gleichzeitig vermag die Arbeit Klischeevorstellungen von einer vermeintlichen hermetischen diskursiven Geschlossenheit des rechtlichen und politischen Systems in Iran entgegenzuwirken. Die Frage, welche innergesellschaftlichen Akteure die Hegemonie über den Diskurs und das Deutungsmonopol perspektivisch erfolgreich durchsetzen können, entscheidet sich letzten Endes nicht immanent auf der religiösen und rechtlichen Diskursebene, sondern unterliegt sozialen und kulturellen Realitäten und politischen Kräfte- und Machtverhältnissen. Dementsprechend realistisch bewertet Parhisi die politische Reichweite des Reformdiskurses: „Gegen ein staatlich verordnetes Islamverständnis wenden sich sowohl islamisch-theologische Reformer, verschiedene Bevölkerungsteile und nicht zuletzt die Frauenorganisationen. [...] Hinsichtlich der Wirkungsintensität dieser Debatten sind vielerlei Faktoren verantwortlich. Dass die ausgearbeiteten Vorschläge an die machtpolitischen Grenzen der Islamischen Republik gelangt sind, liegt wohl auf der Hand.“ (306)

Renate Kreile

Faith Kihui: *Women as Agents of Democratisation. The Role of Women's Organisations in Kenya (1990-2007)*. Münster: LIT 2010, 248 Seiten

Die Demokratisierung in Afrika während der 1990er Jahre weckt bis heute das Interesse von WissenschaftlerInnen. Das betrifft insbesondere Länder, in denen die demokratische Entwicklung immer wieder auf eine harte Probe gestellt wird. So geriet Kenia wegen der gewaltsamen

Ausschreitungen nach den Wahlen Ende 2007 weltweit in Misskredit. Umso wichtiger sind Studien, die detailliert die komplexen Chancen und Probleme der Demokratisierung untersuchen und dabei nach den Potenzialen zivilgesellschaftlicher Gruppierungen zur Gestaltung politischer Prozesse fragen. In diesen Kontext ist die vorliegende Studie einzuordnen. Die Publikation der kenianischen Politikwissenschaftlerin basiert auf ihren empirischen Forschungen in den Jahren 2001 und 2007, die sie zu einer Dissertation ausbaute, mit der sie 2009 an der Universität Frankfurt a.M. promovierte.

Das Buch gliedert sich in insgesamt acht Kapitel, wobei die ersten zwei methodische, konzeptionelle und begriffliche Fragen behandeln. Ihre Begriffsanalyse konzentriert die Autorin auf die Auseinandersetzung mit den Definitionen von Demokratie, Zivilgesellschaft und Frauenorganisationen; dies sind die Kernbegriffe der gesamten Studie. Das dritte Kapitel widmet sie dem Spannungsverhältnis zwischen politischer Partizipation und Staat in Afrika.

Darauf aufbauend erläutern alle folgenden Kapitel die Demokratisierungsprozesse, die politische Bedeutung der Zivilgesellschaft und die Entwicklung von Frauenorganisationen in Kenia. Als roter Faden ziehen sich die Perspektiven der Geschlechterforschung durch die Studie. So ordnet Faith Kihui das politische Handeln kenianischer Frauen in unterschiedliche Phasen der kolonialen und nachkolonialen Entwicklung ein und setzt es mit den parteipolitischen Dynamiken in Beziehung. Zeitliche Zäsuren sind die politische Unabhängigkeit Kenias 1963, die Ein-Parteien-Regierung bis Anfang der 1990er Jahre

und die Gestaltung des Mehrparteien-Systems seit 1992. Darüber hinaus stellt sie Bezüge zur internationalen Frauendekade (1975-1985) und zu den Abschlussdokumenten der Weltfrauenkonferenzen her. Dabei hebt sie die Aktionsplattform der UN-Frauenkonferenz 1995 in Peking besonders hervor. Diese Plattform sei eine wichtige Basis für frauenpolitisches Handeln und die rechtspolitische Lobbyarbeit kenianischer Frauenorganisationen. Die Autorin zeigt auf, inwieweit die verstärkte personelle Repräsentanz von Frauen in Parteien und auf Regierungsebene eine Grundlage für die Durchsetzung frauenpolitischer Forderungen bildete. Sie erläutert die Mitwirkung von Frauen an der Verfassungsreform und würdigt die impulsgebende Bedeutung von Frauenorganisationen für die Menschenrechtsarbeit. An fünf Organisationen legt sie exemplarisch das Spektrum der politischen und rechtlichen Arbeit sowie deren Handlungsspielräume und -grenzen dar. Zudem setzt sie sich mit den Hindernissen bei der Verwirklichung von Fraueninteressen auseinander, beispielsweise mit diskriminierenden Interpretationen von Traditionen und lokalen Erbrechtsregeln.

Kritisch anzumerken ist, dass die Studie kontroverse politische Positionen und daraus resultierende Konflikte zwischen unterschiedlichen Frauenorganisationen nur kurz anspricht, aber nicht genauer untersucht. Zudem hätte sie durch eine bessere Verknüpfung von Schwerpunkten und Ergebnissen der einzelnen Kapitel gewonnen. Dessen ungeachtet ist das Buch ein Beitrag zur Erforschung afrikanischer Frauenorganisation aus der Perspektive einer lokalen

Wissenschaftlerin, der zur vertieften Auseinandersetzung anregt.

Rita Schäfer

Jörn Rüsen & Henner Laass (Hg.) *Humanism in Intercultural Perspective. Experiences and Expectations*. Bielefeld: transcript 2009, 275 Seiten

Das Anliegen, „eine neue Art von Humanismus zu entwickeln“ (10), begründet Jörn Rüsen einleitend mit der Desavouierung des „traditionellen europäischen Humanismus“ durch die „traumatischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts“ einerseits sowie dem schnell heranrückenden „Zusammenstoß der Kulturen“ andererseits. Hier helfe angesichts der Notwendigkeit „gegenseitigen Verstehens“ auch kein postmoderner oder postkolonialer „Kulturrelativismus“, sondern allein „neue, leistungsfähige Vorstellungen davon, was es bedeutet, ein Mensch zu sein“. Sie zu erarbeiten sei Aufgabe der Geistes- und Sozialwissenschaften (11). Es soll also um die Auseinandersetzung um kulturelle Differenzen und einen „langen Prozess kritischen Dialogs“ gehen (12). Grundlage des vorliegenden Buches ist eine 2006 abgehaltene Konferenz am Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen. Die 18 Beiträge beleuchten die breite Fragestellung aus der Perspektive vor allem der Philosophie, der Geschichts- und der Religionswissenschaft, aber auch der Soziologie, Sozial- und Kulturanthropologie.

Hervorzuheben sind zunächst die beiden einleitenden Aufsätze, die sich allgemein mit „der Herausforderung der Globalisierung“ befassen. Dipesh Chakrabarty stellt die Frage nach dem Verhältnis von Universalismus und

Partikularismus durch das vielleicht überraschende Medium des „antikolonialen Humanismus von Frantz Fanon“ (28) und seiner Auseinandersetzung mit der vor allem durch Aimé Césaire und Léopold Sédar Senghor repräsentierten *Négritude*. Aus der Perspektive der „Achsen“, um die sich ein „antikolonialer, utopischer Humanismus“ drehe – „universal vs. partikular, ideal vs. pragmatisch, die Vergangenheit als Ressource ... vs. die Notwendigkeit, die Vergangenheit zu überwinden“ (27) – erscheint die *Négritude* mit ihrem Kampf gegen Assimilation und ihrem Bezug auf afrikanische Wurzeln zwar zunächst als „der Krieg des Partikularen gegen das Universelle“. Doch bei näherer Betrachtung erweist sie sich als „nicht an sich anti-universell“, auch nicht einfach im Sinne Fanons als „Wille zum Partikularismus“ (30). Vielmehr suchten Césaire, Senghor, aber auch Fanon nach einem „anderen Weg“ zu „einem universellen Humanismus“ (31), der sich dem „kolonisierenden Humanismus der herrschenden Rasse“ entgegenstelle, „mit dem sie sich auseinandersetzen“ (33). Entscheidend ist dabei eine „Universalität, die es niemals vermögen wird, jegliches Partikulare, das sie bereichert, völlig einzuschließen und damit im Hegelschen Sinne sich zu subsumieren“ (35). Eine Konkretisierung dieser Perspektive deutet Chakrabarty in einer Bedeutungsverlagerung von der bei Césaire stark akzentuierten Sehnsucht nach „Wurzeln“ zu einem „Zuhause“ (*dwelling*) an, das auf „Geschichtlichkeit“ verweise, „auf die Tatsache, dass wir niemals an Orten leben, die nicht zuvor schon bewohnt waren“ (35). Dies führt freilich nicht aus den Widersprüchen heraus, sondern unterstreicht

gerade das im Anschluss an W.E. du Bois und Salman Rushdie am Schluss formulierte Dilemma, mit „gespaltener Zunge“ zu reden (36).

Die Widersprüche des von Europa ausgehenden und von hierher gedachten Humanismus macht *Romila Thapar* zum Ausgangspunkt methodologischer Kritik an dieser konventionellen Sichtweise. Nicht zuletzt wird Samuel Huntingtons grobe, aber folgenreiche These vom „Zusammenstoß der Zivilisationen“ sowohl durch den Hinweis erschüttert, dass „Zivilisation“ selbst ein exklusiv europäisches Konzept ist, und dann auch durch die Überlegung, einer der Orte, an denen Humanismus in weiterführender Weise aufzufinden sei, die aber nicht untersucht wurden, seien „die Poren multikultureller Gesellschaften“ (41), also gerade durch die empirische Negation der Vorstellung schroff voneinander abgegrenzter Zivilisationen und Kulturen. Es gehe also nicht um einen „Zusammenstoß von Kulturen, sondern um einen Zusammenstoß von Instanzen sozialer und politischer Kontrolle“, um Machtunterschiede und Machterhalt, insbesondere dort, wo diese Ansprüche in fundamentalistisch religiösem Gewand auftreten. Dies verweist zugleich auf Säkularisierung als „wichtigen Bestandteil des Humanismus“, der „für die Globalisierung bedeutsam“ ist (43). Hier plädiert Thapar weiter für die Überwindung der nationalstaatlichen, „vertikalen“ Beschränkung eines Großteils der Debatte zugunsten „lateraler“, problembezogener, „Kommunikationsnetzwerke“ (44). Dies könnte die Suche nach der „Präsenz des Humanismus in marginalen Kulturen, in den Kulturen der Anderen“ anregen, da Marginalisierten „an den Idealen und

Werten des Humanismus ihrem Wesen nach gelegen ist“ (43). Diese Dezentrierung der Humanismus-Diskussion wird durch den Beitrag von *Surendra Munshi* anhand der Vermittlungs- und Übersetzungsbemühungen dreier indischer Denker eindrucksvoll dokumentiert: des Mönchs Swami Vivekenanda, des Dichters Rabindranath Tagore und des Philosophen und späteren indischen Präsidenten Sarvapalli Radhakrishnan. In groben Zügen entwirft Munshi ein inklusives Bild vom Menschen, dem die Möglichkeit innewohnt, die „angeborene Würde einzulösen“ (64). Aus dieser Sicht hebt er zentrale Problematiken der westlichen Tradition wie Erbsünde und Kirchenorganisation zugunsten der „Zentralität der menschlichen Wesen“ aus (62) und verweist auf aus dieser Tradition resultierende Tendenzen der Exklusion, nicht zuletzt zwischen Zivilisierten und Unzivilisierten, ohne zu verschweigen, dass gerade der für diese Überlegungen entscheidende Hinduismus „die unterdrückerischste Form der Ungleichheit (hervorgebracht hat), die die Menschheit je gekannt hat“ (62).

Aus insgesamt vergleichbarer Perspektive untersucht *Elisio Macamo* den möglichen Beitrag Afrikas zu einem in universeller Perspektive zu erarbeitenden Humanismus. Er wendet sich gegen essenzialisierende Vorstellungen von einem „wesenhaften afrikanischen Humanismus“, wie er aktuell besonders mit dem Schlagwort *ubuntu* verknüpft wird. Es gehe vielmehr um die „denkerische Tätigkeit, die erforderlich war, Aspekte der schwarzen Völker Südafrikas zusammenzubringen und eine kohärente Kritik ihrer historischen Erfahrung zu erarbeiten“ (71f). Im

Anschluss an die Auseinandersetzung zurückgekehrter schwarzer Sklaven mit der Lebenswirklichkeit in Afrika, in der die Sklaverei nicht als „Fluch“, sondern als historische Mission selbst zur Befreiung der Welt gedeutet wurde, (74f) arbeitet Macamo die enge Verknüpfung zwischen der Herausbildung eines Humanismus und dem „Versuch“ heraus, „für Afrika einen Platz innerhalb eines feindlichen historischen Prozesses zu finden“ (76). Mit anderen Worten lässt sich sagen, Afrika sei „lebendiger Beleg dafür, wozu die menschliche Natur unter extremer Anspannung fähig ist“ (70). Dies verweist auf die Notwendigkeit, „afrikanische Lebensformen und Traditionen“ genauer zu verstehen, sowohl durch Kritik an geläufigen Vorstellungen von „Tradition“, wie auch durch das Ernstnehmen der Wahrnehmung von „Anthropologen, Missionaren und Reisenden“ (77) – Macamo nennt hier Leo Frobenius, Jahnheinz Jahn, David Livingstone und Placide Tempels – vor allem aber auf die Erfordernis, „die Afrikaner selbst zu berücksichtigen“ (77).

Den von Macamo eher angedeuteten historischen Kontext pointiert *Muhammad Arkoun* mit dem Hinweis darauf, dass „Gewalt eine systemische Kraft ist, die den Funktionsmechanismen der Globalisierung inhärent ist“ (91); daher sei es zuerst am Westen, sich mit der Problematik des Humanismus auseinanderzusetzen, sollen die zugrundeliegenden Postulate glaubwürdig bleiben. Gerade vor diesem Hintergrund klagt Arkoun gegenüber den aktuell vorherrschenden Formen eines in orthodoxer Auslegung festgefahrenen, „hochgradig ritualisierten politischen Islam“ (93) die verschütteten Chancen des „arabischen Humanismus“ (94ff)

ein, der sich im 4. Jahrhundert islamischer/10. Jahrhundert europäischer Zeitrechnung als avancierteste intellektuelle Strömung der Zeit entfaltete. Die seit den Kreuzzügen anhaltende Konfrontation mit „Europa“ bzw. „seit 1945 dem Westen“ (99) führte nicht nur zu einer langfristigen Verschiebung der Machtverhältnisse und der Verfestigung eines „Staats-Islam“ (98), sondern vor allem zur Herausbildung eines kruden „Befreiungs“-Diskurses“ (99), welcher am Ende „Befreiungskriege oder nationale Kriege“ als „umfassende Konfrontation zweier Anti-Humanismen erscheinen lässt, die sich in Diskurse der Selbstbeweihräucherung und Selbstrechtfertigung kleiden“ (100). Dem stehen Exklusionsmechanismen gegenüber, die in der christlichen wie in der islamischen Theologie über Jahrhunderte hinweg ausgearbeitet wurden und etwa in der Auseinandersetzung über die Aufklärung leicht abrufbar bleiben. Die entfernt an Ernst Bloch gemahnende Forderung einer „Soziologie der Hoffnung“ (103) verweist auf die Verantwortung der Intellektuellen, nicht zuletzt bei der gründlichen Revision religiöser Aussagen und bei der Wiedergewinnung des „Flusses der Offenbarung“ (107f): Damit könnte die Debatte in subversiver Weise geöffnet werden, und so wäre der „Westen jenes dialektischen Gegenparts (beraubt), der es ihm jetzt erlaubt, den Islam als Anhaltspunkt für seine Ansprüche zu nutzen, die Welt zu beherrschen sowie als leichten Vorwand für die eigenen Verfehlungen gegen den Humanismus“ (108).

Die in diesen Beiträgen recht unterschiedlich ausgeführte interkulturelle Perspektive wird leider in einer Reihe anderer Beiträge wenig eingeholt,

die sich eher der Rekonstruktion von Aspekten des Humanismus in einem ganz selbstverständlich westlich gedachten Kontext oder aber dem gleichfalls konzeptionell hinter die hier skizzierten Perspektiven zurückfallenden Unternehmen widmen, in der Entwicklung des Islam oder der chinesischen Philosophie lediglich Parallelen zum Westen sogar in zeitlichen Sequenzen aufzuspüren. Andererseits zeigt *Gianna Pomata* nicht nur, dass, wie ihr Titel unterstreicht, „Feminismus ein integraler Bestandteil des Humanismus“ ist, sondern wie in anderer Dimension Alterität überwindbar wurde. Die Linie reicht von der Leugnung des Menschseins von Frauen bis hin zur Teilnahme von Männern an der Suffragettenbewegung, aber auch zur Artikulation des Anspruchs auf Anerkennung von Frauen durch Autorinnen der italienischen Renaissance. *Jürgen Straub* entwickelt ein Konzept der interkulturellen Handlungskompetenz, d.h. der Bereitschaft und der Fähigkeit, sich damit verknüpfter Differenz auszusetzen und mit ihr umzugehen. Diese Fähigkeiten lassen sich auf affektive, kognitive und Verhaltensdimensionen aufspalten; ihre Bedeutung erhalten Straubs Überlegungen aber aus der Perspektive, dass „jede Person als typische Repräsentantin oder Repräsentant der Menschheit ... interkulturelle Kompetenz besitzen oder *erwerben* (und dazu *bereit* sein) sollte“ (217). Dabei macht das Insistieren auf dieser Kompetenz „die Einheit der Menschheit zu einer *praktischen Alltagsaufgabe*“ (222).

Gerade auch da, wo eine interkulturelle Perspektive in den vorliegenden Beiträgen nicht ernsthaft eingenommen oder thematisiert wird, zeigen sich die großen Herausforderungen, die mit

diesem Anspruch verbunden sind. Sie liegen nicht zuletzt in der Bestimmung des Zentralbegriffs, von dem sich hier fast so viele und insgesamt aufschlussreiche Versionen wie Autorin und Autoren finden lassen dürften. Dem notwendigen Dialog nicht förderlich sind die zahlreichen kleineren und manche größeren Grammatikfehler, die gelegentlich zur Konjekturen zwingen.

Das kann die Bedeutung der hier aufgeworfenen Thematik nicht schmälern. Vor allem Arkoun, aber auch Macamo unterstreichen die Notwendigkeit, sich den Herausforderungen eines Dialogs in der Perspektive einer Einheit der Menschheit, die keineswegs Vereinheitlichung wäre, zu stellen. Munshi könnte der Skizzierung möglicher Lösungen hier am nächsten gekommen sein.

Reinhart Kößler

Arbeitskreis Evaluation von Entwicklungspolitik – DeGEVal (Hg.): *Verfahren der Wirkungsanalyse. Ein Handbuch für die entwicklungspolitische Praxis*. Freiburg i.Br.: Arnold-Bergstraesser-Institut 2010 (= Freiburger Beiträge zu Entwicklung und Politik, Bd. 36), 247 Seiten

Die Frage nach Verbleib und Nutzen der vom Steuerzahler bzw. Spender zugunsten „der Armen in der Dritten Welt“ aufgebrauchten Milliarden ist so alt wie die „Entwicklungshilfe“ selbst. Mehr noch: in keinem anderen Bereich der öffentlichen Verwaltung und der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten wird seit Jahrzehnten dieser Frage mit größerem finanziellem Aufwand und intellektuellem Eifer nachgegangen, wobei sich im Laufe der Zeit die Fragestellungen,

Methoden und Verfahren kontinuierlich verfeinert haben. Am (vorläufigen?) Ende dieser Entwicklung steht die Frage nach den Wirkungen der Entwicklungszusammenarbeit, d.h. danach, welche Veränderungen entwicklungspolitische Maßnahmen bei den Empfängern bzw. Partnern induziert haben.

Der Arbeitskreis „Evaluation von Entwicklungspolitik“ der Deutschen Gesellschaft für Evaluation (DeGEval) hat vor kurzem das Ergebnis der dreijährigen Beschäftigung einer Arbeitsgruppe mit den häufigsten zur Anwendung kommenden Wirkungsanalyseverfahren dokumentiert. In dem ca. 240 Seiten umfassenden Buch wollen die 29 Autoren/-innen (bei denen es sich um MitarbeiterInnen fast aller wichtigen Organisationen der deutschen staatlichen wie zivilgesellschaftlichen EZ, wissenschaftlicher Einrichtungen sowie um freiberufliche GutachterInnen mit langjähriger Erfahrung handelt) der entwicklungspolitischen Fachwelt eine systematische Übersicht über insgesamt 21 erprobte Analyseverfahren an die Hand geben. Diesem zentralen Teil des Handbuchs sind die aktuellen politischen, methodischen und praktischen Herausforderungen für Wirkungsanalysen vorangestellt, während der abschließende Teil die wesentlichen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Verfahren zusammenfasst und einige Schlussfolgerungen zieht. Ein Glossar, Literaturhinweise und Angaben zu den Autoren/-innen ergänzen die Darstellung.

Wenn man den Herausgebern des Buches gerecht werden will, muss man die Einschränkungen zur Kenntnis nehmen, auf die das Redaktionsteam eingangs hinweist: So betont es, dass die Darstellung der Analyseverfahren

keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt und dass das Buch vor allem auf eine Bewertung im Sinne von „gut“ oder „schlecht“ bewusst verzichtet.

In ihrem Vorwort formulieren die Herausgeber das Ziel, „den Nutzern dieses Handbuchs die Möglichkeit zu geben, Verfahren nach rein sachlichen und pragmatischen Erwägungen für einen bestimmten Untersuchungszweck oder -auftrag auszuwählen.“ (5) Diese Zurückhaltung mindert den praktischen Wert des Handbuchs jedoch erheblich, denn die Leser/-innen wüssten schon gerne, welche konkreten Erfahrungen mit den verschiedenen vorgestellten Methoden bzw. Verfahren vorliegen und wie diese zu bewerten sind. Enttäuscht werden auch jene, die sich (auch) eine wertende, kritische Reflektion über die Erfolge und Misserfolge der bisherigen Evaluationen von Projekten und Programmen gewünscht hätten, also eine Art „Wirkungsanalyse durchgeführter Evaluationsprogramme“.

Eine weitere wesentliche Einschränkung des Untersuchungsgegenstandes ergibt sich implizit aus der von den Autoren/-innen vorgenommenen Definition des Zweckes von Evaluationen im Allgemeinen und Wirkungsanalysen im Besonderen: Demnach bestehen die Aufgaben „in der Rechenschaftslegung gegenüber dem (Auftrag-)Geber, dem Beitrag zum Wissensmanagement der Förder- und Durchführungsorganisation, sowie u.U. der Öffentlichkeitsarbeit und dem Marketing“ (28). Außerdem werden noch „die Bereitstellung von Informationen zur Projektsteuerung und zum Lernen auf der Durchführungsebene“ (ebd.) erwähnt. Diese Konzentration auf die Legitimations-, Kontroll-, Selbstdarstellungs- und Effizienzbedürfnisse

der Geberseite hat zwei schwerwiegende Folgen für das „Design“ von Evaluationen:

Erstens wird deutlich, dass unter derartigen Vorgaben Evaluationen in einem vor allem auch (institutionen-)politischen Spannungsfeld stattfinden, das unerwünschte Ergebnisse – und seien sie methodisch noch so gut abgesichert – allzu häufig nicht zulässt. Die von den Herausgebern erwähnten Vorbehalte und Befürchtungen in Partnerländern und -organisationen hinsichtlich der Ergebnisse und Konsequenzen externer Wirkungsanalysen (30) bestehen nämlich in gleicher Weise auf Seiten der Geber und ihrer Organisationen. Vor diesem Hintergrund relativiert sich die praktische Bedeutung ständig verfeinerter Analyseverfahren, wie sie insbesondere von Seiten der Wissenschaft immer wieder eingefordert werden (so etwa auf Seite 47). Wichtiger, so scheint es, wäre die Durchsetzung der von den Herausgebern geforderten „neuen Kultur“, die Fehler zulässt und die Bereitschaft aller Beteiligten, zu lernen, ins Zentrum rückt (30f).

Zweitens blendet die Verengung des Analyseziels auf die Bedürfnisse der Geberseite den Aspekt von *Empowerment* auf Seiten der Zielgruppen weitgehend aus. Folgt man dem Gedanken, dass partizipativ organisierte „Lernschleifen“ (gerade auch im Rahmen von entsprechend konzipierten Wirkungsanalysen) in der Regel einen bedeutenden emanzipatorischen Effekt aufweisen, erscheinen die verschiedenen dargestellten Analyseverfahren zwangsläufig in einem anderen Licht. Bemerkenswerterweise setzen sich die Autoren/-innen mehrerer Einzeldarstellungen später über die von den Herausgebern formulierte enge

Zweckbestimmung von Wirkungsanalysen hinweg und betonen vor allem auch den emanzipatorischen Anspruch der von ihnen vorgestellten Methoden.

Der Abschnitt zu den methodischen Herausforderungen ist m.E. allzu knapp ausgefallen, wenn man bedenkt, dass hier der wichtigste Bezugsrahmen für die Bewertung der einzelnen Methoden und Verfahren geliefert werden müsste. Unerwähnt bleiben beispielsweise Fragen wie: Wer wird in die Evaluation einbezogen (z.B. Gewinner *und* Verlierer von „Entwicklung“)? Wie können unterschiedliche Sichtweisen (kulturell, schichten-spezifisch, demografisch usw.) berücksichtigt werden? Zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Bedingungen werden Erhebungen durchgeführt (saisonal, Berücksichtigung von „day and night realities“ usw.)? Die Bedeutung derartiger Fragestellungen für die Ergebnisse von Wirkungsanalysen hätte zumindest angedeutet werden müssen, um die häufig überzogenen Erwartungen an die Ergebnisse von Wirkungsanalysen ein wenig zu dämpfen.

Die Darstellung der in der Realität vorgefundenen Komplexität reicht aber immerhin aus, um etwa die folgende Aussage zum „CEval-Ansatz zur Wirkungsanalyse/Stockmann'sche(n) Ansatz“ (36-46) als völlig überzogen und unrealistisch zu empfinden: „Das Analyseraster ist auf die Erfassung sämtlicher relevanten Wirkungen (intendiert und nicht intendiert) auf der Mikro-, Meso-, und Makroebene ausgerichtet und versucht damit alle durch die Interventionsmaßnahme hervorgerufenen (individuellen wie globalen) Struktur-, Prozess- und Verhaltensänderungen zu erfassen. Aufgrund der multidimensionalen Analyse Kriterien

können dabei nicht nur die unmittelbar hervorgerufenen (direkten) Wirkungen, sondern auch die nachgelagerten (indirekten) Effekte auf gesellschaftlicher bzw. systemischer Ebene identifiziert werden.“ (37)

Der hier formulierte Anspruch läuft auf nichts weniger als auf eine Formel zur Entschlüsselung der (sozialen) Welt hinaus und ist ein extremes Beispiel dafür, dass es des Öfteren der korrigierenden Einflussnahme von Herausgeber und Redaktionsteam bedürft hätte. Für den Praktiker, an den sich das Handbuch nach eigenen Angaben ja richtet, sind aufwändige experimentelle oder quasi-experimentelle Designs in der Regel irrelevant, zumal die Herausgeber in einem weiteren einführenden Abschnitt zu den praktischen Herausforderungen für Evaluationen mit Recht darauf hinweisen, dass Kosten-Nutzen-Überlegungen in der Praxis eine wichtige Rolle für das Design von Wirkungsanalysen spielen. Denn wer sich mit der Durchführung von Wirkungsanalysen befasst, der könnte in der Tat zahlreiche Beispiele dafür benennen, dass die „praktischen Herausforderungen“ den Wert anspruchsvoller Analysemodelle nur allzu oft mindern.

Die Vorstellung der Wirkungsanalyseverfahren in Form von „Verfahrens-Steckbriefen“ macht etwa drei Viertel des Buchumfanges aus. Für die Darstellung wurde vom Redaktionsteam ein sieben Kriterien umfassendes Raster vorgegeben, um die Vergleichbarkeit der Beiträge zu gewährleisten: (1) Allgemeine Informationen, (2) Anwendungsbereiche (3) Analyseansatz (4) Durchführung (5) Nutzung der Ergebnisse (6) Anforderungen (7) Besondere Eignung und Grenzen des Verfahrens.

Der Wert dieser Strukturierung wird allerdings im Folgenden erheblich gemindert, weil die jeweiligen Autoren/-innen ansonsten offenbar freie Hand hatten, ihre Beiträge zu „gestalten“. So bleiben manche Beiträge recht abstrakt und im Normativen stecken, andere illustrieren die Methode anhand von Fallbeispielen und/oder liefern detaillierte Anweisungen für die empfohlene Vorgehensweise. Einige Autoren/-innen fügen umfangreiche Literaturhinweise an, andere verzichten völlig auf Angaben zu weiterführender Literatur.

Ärgerlich wird die Zurückhaltung des Redaktionsteams im Zusammenhang mit dem Bewertungs-Kriterium „Besondere Eignung und Grenzen des Verfahrens“: Die Bereitschaft und Fähigkeit zur (selbst-)kritischen Hinterfragung der eigenen Methode ist nämlich recht unterschiedlich ausgeprägt, und der Hang zur „Vermarktung“ wird bisweilen geradezu penetrant. Folgt man nämlich den Angaben der Autor/-innen, sind so gut wie alle Methoden, als deren „Erfinder“ und Protagonisten sie sich nicht selten gerieren, besonders „partizipativ“, auch wenn sich dies aus dem jeweiligen Text kaum nachvollziehen lässt. Ein gemeinsames Verständnis von „Partizipation“, das in diesem Zusammenhang notwendig wäre, ist nicht erkennbar und wurde vom Redaktionsteam offenbar auch nicht herbeigeführt. So ist schwer vorstellbar, wie sich gerade der unerfahrene Leser/-innen ein Urteil über die vorgestellten Methoden und Verfahren bilden sollen.

Das abschließende Kapitel des Handbuchs, das eine Zusammenschau der verschiedenen Wirkungsanalysen liefert, ändert an dem hier kritisierten Missstand nicht allzu viel, denn die Synthese des

Redaktionsteams erfolgt nach eigener Aussage „gemäß der Darstellung in den entsprechenden Steckbriefen“ (220); und wo es um die Anwendungsmöglichkeiten und Voraussetzungen der Verfahren geht, wird ausdrücklich betont: „Für die Einschätzungen und Bewertungen der verschiedenen Merkmale zeichnen die jeweiligen Autor/-innen der Verfahrensbeschreibungen verantwortlich.“ (228) So kann es denn auch nicht verwundern, dass jene Analyseverfahren, die zuvor von ihren Protagonisten ohne nennenswerte fachliche Skrupel im denkbar besten Licht dargestellt wurden, die vorgegebenen Kriterien am besten erfüllen. Besonders auffällig ist dies im Hinblick auf die Aspekte „Anwendbarkeit für bestimmte Sektoren, Maßnahmenebenen und -typen“ (217-219), „Eignung für die Erfassung verschiedener Arten von Wirkung“ (219f), oder „Eignung für die Erfassung von Zuständen und Prozessen“ (224f) – Durch diese Vorgehensweise gerät die von den Herausgebern betonte Entscheidungsfreiheit der Leser/-innen bei der Auswahl der jeweils als geeignet erscheinenden Verfahren zur Fiktion.

Die fachliche Zurückhaltung des Redaktionsteams ist möglicherweise erklärbar mit der notwendigen Rücksicht auf die große Bandbreite der Mitglieder des mit der Erstellung des Handbuchs befassten DeGEval-Arbeitskreises. Offenkundig verfolgten diese aufgrund ihres jeweiligen Selbstverständnisses unterschiedliche Interessen und verfügten über einen recht unterschiedlichen Erfahrungshintergrund.

Eine letzte kritische Anmerkung gilt nicht dem Buch selbst, sondern den offenkundig gewordenen Defiziten bei der Entwicklung von Konzepten bzw.

Verfahren der Wirkungsanalyse, die der heute anzutreffenden Projekt- bzw. Programmwirklichkeit gerecht werden: Viele der vorgestellten Analyseansätze, Verfahren und Methoden unterscheiden sich wenig in ihrer fachlichen Substanz, stammen aus der Projektarbeit der 1990er Jahre und sind somit seit längerem bekannt. Sie erfassen die Wirkungen allenfalls auf der Mikro-, bzw. der Meso-Ebene, und ihre Anwendung bleibt häufig auf Sektoren wie ländliche Entwicklung, Gesundheit und Bildung beschränkt. Die von Programmen induzierten Veränderungen in Politik und Gesellschaft auf der Makroebene, die eine immer größer werdende Bedeutung in der Internationalen Zusammenarbeit (IZ) erlangt haben, können nach wie vor nur schwer nachgewiesen werden. Das spezifisch Neue, die Relevanz der vorgestellten Methoden zur Wirkungsbeobachtung aktueller Strategien in der IZ erschließt sich somit nur in wenigen Fällen, und zwar dann, wenn die Autoren/-innen einmal über den „Tellerand“ herkömmlicher M+E-Ansätze in der Entwicklungszusammenarbeit hinausblicken.

Unter Umständen könnten sozialwissenschaftliche Methoden, wie sie etwa in der Erforschung von Wählerbewegungen oder des gesellschaftlichen Wandels angewendet werden, künftig auch entwicklungspolitische Wirkungsanalysen bereichern. Andererseits will ich hier nicht einer ausufernden theoretischen und methodischen Verfeinerung von Wirkungsanalysen, wie sie an manchen Stellen des Handbuchs angedeutet wird, das Wort reden. Es muss vielmehr darum gehen, sich unter Berücksichtigung des auch in diesem Kontext gültigen Gesetzes

des abnehmenden Grenznutzens eines ständig weiter getriebenen Aufwands auf die jeweils zulässige und verantwortbare Ungenauigkeit zu verständigen und entsprechende Indikatoren zu entwickeln.

Sollten die Herausgeber die Absicht haben, das hoch aktuelle und spannende Thema weiter zu verfolgen, so wäre zu hoffen, dass dann eine Veröffentlichung entsteht, die der Fachwelt einen höheren Erkenntniswert vermittelt als dieses in Teilen zwar nützliche, insgesamt aber enttäuschende Handbuch.

Wolfgang E. Fischer

Julia Reuter & Paula-Irene Villa (Hg.): *Postkoloniale Soziologie. Empirische Befunde, theoretische Anschlüsse, politische Intervention*. Bielefeld: transcript 2009, 338 Seiten

„Postkolonialismus boomt“ (7) stellen die Herausgeberinnen im Vorwort fest und beabsichtigen mit dem vorliegenden, immerhin 14 Beiträge umfassenden Sammelband zu zeigen, „wie produktiv die Rekontextualisierung soziologischen Denkens und Forschens ist, die der postkoloniale Horizont ermöglicht“ (11). Dies gelingt ihnen durchaus, auch wenn sie ihren ebenfalls geäußerten Anspruch, „postkoloniale Theorie(n) empirisch und damit nachhaltig zu fundieren“ (39), nur in sehr geringem Maße einlösen: Die große Mehrheit der Beiträge befasst sich mit theoretischen und konzeptionellen Überlegungen.

In ihrem einleitenden Aufsatz unternehmen *Julia Reuter* und *Paula-Irene Villa* den Versuch, die Soziologie nach Dipesh Chakrabartys Diktum zu „provinzialisieren“, sie zu „ver-orten“, denn „auch ‘der deutsche Soziologe’ ist

ethnisch, national usw. positioniert. So ist *jede* Position eben eine Position – wer das, auch und gerade inhaltlich in der eigenen Arbeit, zu leugnen in der Lage ist, genießt die strukturell erzeugten Dividenden hegemonialer Positionen“ (14). Unter „postkolonial“ verstehen die Autorinnen zweierlei: zum einen eine „politisch motivierte Analyse-kategorie“, die nach dem Kolonialismus und seinen Nachwirkungen fragt, zum anderen eine theoretische Perspektive, die „eurozentrische Wissensordnungen und Repräsentationssysteme ins Visier nimmt“ (17). Analog zum Standpunkt-feminismus trauen sie der postkolonialen Perspektive einen klareren Blick auf entsprechende Machtstrukturen zu: diese würden „von den Rändern und Peripherien her... klarer sichtbar“ (de Sousa Santos, ebd.). Vor diesem Hintergrund nehmen sie eine postkoloniale Kritik der Soziologie, aber auch eine soziologische Kritik des Postkolonialismus vor, dem sie Ignoranz gegenüber soziologischen Theorien, pauschale Erklärungsmuster und Kulturalismus vorwerfen (29f). So werben sie für eine Verknüpfung beider Ansätze und diskutieren die Möglichkeiten einer postkolonialen Wissens-, Kultur-, Modernitäten-, Globalisierungs- und Ungleichheits- bzw. Geschlechtersoziologie, wobei in dieser Diskussion einige der an anderer Stelle (15) genannten zentralen Felder der Disziplin (Gesellschafts- und Handlungstheorie, Organisations- und Wirtschaftssoziologie) nicht vorkommen.

Gayatri Spivak ist als „Stargast“ durch einen neu übersetzten Aufsatz zu „Kultur“ im Band vertreten. Ihr Text ist eine wüste Mischung aus interessanten Beobachtungen zur Rolle „postkolonialer InformantInnen“ und zu den Thesen

Marshall McLuhans und Jean-François Lyotards, seitenlang abschweifenden Fußnoten, eitlen Randbemerkungen („Wie es McLuhan schafft, aus den hegemonialen maurischen, arabischen, persischen, indischen, koreanischen, chinesischen und japanischen Traditionen diese absurde Schlussfolgerung zu ziehen, lässt sich leider nur allzu leicht erklären. Aber dazu wäre eine analytische Polemik nötig, die hier keinen Platz hat“, 54), seltsamen Formulierungen („kulturelle AutorInnen“, 52), atemberaubenden Vereinfachungen („Im gegenwärtigen Kontext, da die Welt im Großen und Ganzen einfach zwischen Nord und Süd geteilt ist...“, 61) und ethischen Appellen. Ihr Schlussplädoyer für eine Verknüpfung politischer Kämpfe mit einer Mobilisierung spiritueller Gefühle – falls der beschränkte Geist des Rezensenten dies richtig erfasst hat – ist jedoch bedenkenswert.

Den Faden des einleitenden Kapitels nehmen *Manuela Boatca* und *Sergio Costa* wieder auf, indem sie ein Programm postkolonialer Soziologie entwerfen. Die postkoloniale Methode der historischen Kontextualisierung – in der Diktion von Reuter & Villa „Ver-Ortung“ – erlaube es dabei, zentrale soziologische Begrifflichkeiten wie Moderne und Tradition als essentialistisch zu kritisieren, ihre gegenseitige Bedingtheit und ihre Exklusionsstrategien sichtbar zu machen (73). Dementsprechend skizzieren die AutorInnen Ansätze einer postkolonialen Soziologie auf Makro-, Meso- und Mikro-Ebene, die die Mängel der Disziplin, welche aus ihrem institutionellen Konstituierungsprozess zu erklären sind, durch Perspektivverschiebungen und Betrachtung der Verwobenheit der Moderne beheben kann.

Äußerst relevante, aber selten gestellte Fragen finden sich in dem Beitrag von *Miriam Nandi*, der die Rolle postkolonialer Intellektueller und die „Grenzen des Postkolonialismus“ auslotet. Die Autorin erkennt einerseits an: „Es gehört zu den größten Errungenschaften der postkolonialen Theoriebildung, dass das Denken über nicht-westliche Kulturen heute durchdrungen ist von dem Wissen um die Relativität jeder Aussage, die (aus westlicher Sicht) über andere Kulturen und deren Praktiken gemacht wird“ (91). Andererseits zeigt sie anhand des verbreiteten Kastendenkens in Indien die problematischen Seiten dieser Haltung auf. Nandi stellt die Frage nach den „Anderen der Anderen“, der Diskriminierung durch Diskriminierte, und verweist auf den „grundsätzliche[n] Widerspruch zwischen dem letztlich nicht hintergehbaren Imperativ, Andersheit zu respektieren, und der Notwendigkeit, Entrechtung und Ausbeutung zu kritisieren“ (93).

Helma Lutz befasst sich mit dem Problem, wie die sozialwissenschaftliche Biographieforschung vermeiden kann, die hegemoniale Konstellation – MigrantInnen als die „Anderen“ – fortzuschreiben. Sie fordert, dass „in einer Migrationsbiographie nicht die Fremdheit zu rekonstruieren ist, sondern stattdessen Prozesse der Enteignung und der Fremdefinition vorhandener Ressourcen freizulegen sind“ (125).

Im einzigen primär empirisch orientierten Beitrag diskutiert *Susanne Schröter* den Islamismus in Indonesien im Kontext des nachkolonialen Aufbaus einer Nation und eines Staates, aber auch als antikoloniale Widerstandsideologie. Aus der Perspektive junger Menschen stelle er oft eine Lösung für Probleme

dar, die eine als westlich diskreditierte Moderne hervorgebracht habe. Dabei zeigt Schröter gleichermaßen die illiberalen und kriegerischen Ambitionen des Islamismus auf wie auch seine Instrumentalisierung durch junge Frauen zum eigenen *Empowerment*.

Wolfgang Gabbert legt „Befunde einer kritischen Soziologie der Globalisierung“ dar, v.a. in Form der These, dass „aus fremden Kontexten stammende kulturelle Objekte und Symbole bestehende Praktiken zwar maßgeblich verändern, ihre Aneignung jedoch durch das bestehende Deutungssystem entscheidend beeinflusst wird“ (167) – ein Befund, der ebenso zutreffend wie relevant ist, jedoch nicht mehr ganz neu.

In weiteren Beiträgen untersucht Nirmal Puwar Pierre Bourdieu als postkolonialen Denker, Benedikt Köhler Edward Saids postkolonialen Kosmopolitismus und Boike Rehbein liefert „Eine kaleidoskopische Dialektik als Antwort auf eine postkoloniale Soziologie“, wobei er die vorherrschende eurozentrische Theorie unter Rückgriff auf Karl Marx und Adorno (und unter Verweis auf den „Wiederaufstieg Asiens“) zu überwinden sucht. Ina Kerner untersucht das Verhältnis von postkolonialen Studien und Intersektionalitätsforschung und kommt zu dem etwas überraschenden Schluss, dass letztere von einem lokalen Fokus geprägt, erstere aber eher global ausgerichtet seien. Kien Nghi Ha charakterisiert postkoloniale Kritik als „politisches Projekt... das sich unterdrückten Subjektivitäten verpflichtet fühlt“ (260) – was dann jedoch auch sämtliche antikoloniale bzw. antiimperialistische Ansätze miteinschließt. Ceren Türkmen betont und problematisiert demgegenüber stärker die erkenntnistheoretischen

Elemente und die damit verknüpfte Ablehnung universalistischer Kategorien. Die in der postkolonialen Kritik „dominierende Tendenz, sich auf kulturell-ethnische Lebensweisen zu konzentrieren“, blende „die soziale Klassenlage und die objektiven Lebensbedingungen von Individuen aus“ (294). Dieser (auch nicht mehr taufrische) Vorwurf führt sie dazu, im Begriff der Subalternität eine Anknüpfung für kritische Gesellschaftsforschung zu sehen.

Maria do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan setzen der Intention des Sammelbandes ihre Auffassung postkolonialer Theorie als „anti-disziplinärem“ Feld entgegen. Sie diskutieren die deutschsprachige Rezeption postkolonialer Theorie und werfen dabei dem ebenfalls damit befassten Band *Spricht die Subalterne deutsch?* von Hito Steyerl und Encarnación Gutiérrez Rodríguez (rezensiert in *PERIPHERIE* 93/94: 230f) aus genau diesem Grund methodologischen Nationalismus vor („Die Analyse wird erneut in Einheiten des Nationalen gepackt, die die Welt in fein segregierte Gesellschaften dividiert“, 309). Die von Castro Varela und Dhawan eingeforderte Berücksichtigung neo-kolonialer Strukturen der internationalen politischen Ökonomie in der postkolonialen Kritik ist uneingeschränkt lobenswert, wirkt jedoch in der Umsetzung etwas holzschnittartig – was nicht verwundert, da die zentrale Quelle dafür Spivak ist.

Der Band ist trotz der angesprochenen Kritikpunkte auf jeden Fall anregend und gelungen und wird sicher eine Referenz der deutschsprachigen Debatte um postkoloniale Studien in den Sozialwissenschaften werden. Wenn die Ansprüche an empirische Fundierung in höherem

Maße eingelöst worden wären, müsste man ihn noch mehr loben.

Aram Ziai

Pádraig Carmody: *Globalization in Africa. Recolonization or Renaissance?* Boulder, CO & London: Lynne Rienner 2010, 195 Seiten

Philipp Gieg: *Great Game um Afrika? Europa, China und die USA auf dem Schwarzen Kontinent.* Baden-Baden: Nomos 2010, 140 Seiten

Ian Taylor: *China's New Role in Africa.* Boulder, CO & London: Lynne Rienner 2009, 227 Seiten

Es entbehrt nicht der Signifikanz, dass auch in Analysen, die sich vorab mit den Auswirkungen der Globalisierung auf Afrika oder aber mit der Bedeutung des Kontinents innerhalb eines Kräftedreiecks befassen, die Rolle der VR China zur zentralen Frage wird. Dennoch ist der Horizont der drei hier vorzustellenden Beiträge sehr unterschiedlich. *Pádraig Carmody* fasst ein breites Spektrum neuerer Veränderungen ins Auge, das von der Dynamik afrikanischer Konsumentenmärkte über Rohstofffragen bis zur Bedeutung von Mobiltelefonen für die aktuelle Lage und die Perspektiven des Kontinents reicht, und nimmt damit eine durchaus afrikanische Perspektive ein. *Philipp Gieg* hingegen kümmert sich in erster Linie um die jeweiligen Strategien der USA, Chinas und der EU vorwiegend aus europäischer und US-amerikanischer Perspektive. Schließlich unternimmt *Ian Taylor* den ambitionierten Versuch, sowohl chinesische wie afrikanische Perspektiven miteinander zu verknüpfen.

Mit unterschiedlicher Gewichtung verweisen alle drei Autoren auf die neue strategische Bedeutung, die zumindest einige Regionen Afrikas südlich der Sahara – und nur darum geht es hier – gewonnen haben. Wie Carmody und Taylor betonen, steht die neue Rolle dieser Regionen als Rohstofflieferant in engem Zusammenhang mit der enormen wirtschaftlichen Expansion Chinas. Sie ebenso wie der Aufstieg anderer Schwellenländer haben entscheidend dazu beigetragen, dass nicht nur die Preise für Rohstoffe stiegen, sondern dass nationale Strategien zur Sicherung knapper werdender Ressourcen an Bedeutung gewannen. Die viel kommentierte Expansion Chinas nach Afrika ordnet sich in erster Linie hier ein. Ähnliches gilt jedoch auch für die Anstrengungen der USA und europäischer Länder. Während freilich Taylor und auch Gieg fast ausschließlich auf die Bedeutung der Erdöl-Versorgung abheben, wobei für China Angola und der Sudan, für die USA dagegen verschiedene westafrikanische Staaten, allen voran Nigeria, aber auch Angola und Äquatorialguinea am wichtigsten sind, macht Carmody deutlich, dass vor allem aus der Perspektive afrikanischer Länder und Regionen weitere Rohstoffe ebenfalls wichtig sind und eine Renaissance erlebt haben. Exemplarisch zeigt sich dies an dem neuerlichen Kupfer-Boom, der sich nachdrücklich auf Zambia ausgewirkt hat – nicht zuletzt durch eine wesentliche Rolle Chinas beim Erwerb von Bergwerken, im Hinblick auf fragwürdige Arbeitsverhältnisse, aber auch bei der Schaffung einer High-Tech-Industriezone. Ferner nimmt Carmody stärker weitere Einflüsse in den Blick, die gegenwärtig eine Rolle spielen.

Neben der wachsenden Bedeutung Indiens ist dies unvermeidlich die Expansion Südafrikas, die seit 1994 in zumindest einigen Bereichen den Kontinent stark verändert hat. Festzuhalten bleibt, dass alle drei Autoren ungeachtet der Konkurrenzsituationen, die sie aus ihren unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchten, keine ernsthaften Gründe erkennen können, aus denen sich der Wettlauf um Ressourcen zu ernsthaften Konfrontationen, geschweige denn zu größeren Kriegen ausweiten könnte. Das Kriegsgeschehen in Afrika, zumal in der Region der Großen Seen, bleibt dabei merkwürdig unterbelichtet.

Wie angedeutet, verbindet die übergreifende Thematik doch recht unterschiedliche Bücher. *Philipp Gieg* fragt ausdrücklich nach der Perspektive der Auseinandersetzungen der drei von ihm untersuchten Akteure und kommt zu der klaren Aussage, dass die zuweilen behauptete Analogie zum *Great Game*, bei dem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Großbritannien und Russland im Kampf um die Kontrolle Zentralasiens des öfteren durchaus vor kriegerischen Auseinandersetzungen standen, verfehlt sei. Im Übrigen zeichnet er anhand der außenpolitischen Dokumente die Afrika-Strategien der USA, Chinas und der EU nach. Dabei zeigt sich, dass die USA seit dem Ende des Kalten Krieges nur in Ansätzen eine solche Strategie formuliert haben, wogegen sich das chinesische Vorgehen in die Leitkonzepte des „friedlichen Aufstiegs“ (*heping jueqi*) und der „friedlichen Entwicklung“ (*heping fazhan*) einordnet, die Taylor (4f) jedoch weit differenzierter erläutert. Das 2000 initiierte *Forum on China-Africa Cooperation* (FOCAC) stellt Gieg in den Kontext

einer chinesischen „Charmeoffensive“ zur „Propagierung von ‘Win-Win’-Partnerschaften“ (68f). Er verweist ferner neben den problematischen Seiten des Waffenhandels auf die zunehmende Rolle Chinas im Bereich des *Peacekeeping*, die bis zur Beteiligung an der Bekämpfung der Piraterie vor der somalischen Küste reicht. Die EU nimmt er nur soweit in den Blick, wie sie als Einheit auftritt. Dabei betont er die Tendenz zur Ausweitung ihrer Rolle und zur „Politisierung“ ihrer Afrikapolitik. Wesentliche Bedeutung kommt jedoch den sukzessiven Abkommen von Yaoundé, Lomé und Cotonou sowie den noch laufenden Auseinandersetzungen über die *Economic Partnership Agreements* (EPA) zu, die Gieg allerdings nur sehr cursorisch behandelt, wobei er die von afrikanischer Seite ebenso wie von europäischen NGO formulierte scharfe Kritik bestenfalls andeutet. Dafür skizziert er sehr allgemein die Perspektive eines gemeinsamen Vorgehens der EU und afrikanischer Staaten in der „Asyl- und Migrationspolitik“ als Bestandteil einer „strategischen Partnerschaft“ (112f), ohne auch nur ein Wort über die Gründe „illegaler Einwanderung“ (113) zu verlieren oder nach der Kohärenz der Realität des „Grenzschatzes“ auf dem Mittelmeer mit der Menschenrechtspolitik zu fragen. Insgesamt fragt sich, ob eine Würdigung der EU als Akteur in Afrika möglich ist, ohne die Politik und die historische Rolle ihrer Gliedstaaten zu behandeln. Auch sonst fällt die Darstellung gegenüber den beiden anderen Büchern deutlich ab und erweckt – mangels irgendwelcher Hinweise auf Autor und Entstehungszusammenhang – eher den Eindruck eines wenig erweiterten Forschungsberichtes

mit vor allem im Hinblick auf die EU starker Tendenz zu einer eher vordergründigen Politikberatung.

Dem lässt sich zunächst der Zugriff *Ian Taylors* gegenüberstellen. Ihm gebührt das Verdienst, die Akteure zumindest ansatzweise zu dekonstruieren. Möglicherweise sogar überpointiert arbeitet er insbesondere die Vielfalt chinesischer Akteure heraus, die neben der Regierung etwa die drei staatlichen, zuweilen miteinander konkurrierenden Erdölkonzerne, Betriebe im Besitz von Kommunal- und Provinzverwaltungen, aber auch einzelne größere oder kleinere Händler sowie deren Netzwerke umfassen. Zu letzteren gehören auch zahlreiche Afrikaner. Taylor zieht daraus den einleuchtenden Schluss, das Konstrukt Chinas als eines einheitlichen, gar monolithischen Akteurs sei irreführend. Er schließt sich der Formulierung von Kenneth Lieberthal vom „fragmentierten Autoritarismus“ an (5, 163). Die verbreitete Annahme einer übergreifenden chinesischen Strategie, die etwa über die allgemeine Orientierung an der Sicherung von Rohstoffen hinausginge, verfehlt diesen Sachverhalt. Taylor versucht dann, nacheinander die Klagen über Chinas Erdölpolitik, die Überschwemmung Afrikas mit billigen chinesischen Waren, die Kritik an Chinas Menschenrechtspolitik, seine Rolle beim Waffenhandel und beim *Peacekeeping* zurechtzurücken. Die zentrale und insgesamt schwer bestreitbare Aussage besagt, dass die „chinesischen Wirtschaftsstrategien zwar zuweilen durchaus neomerkantilistisch, grundsätzlich aber kapitalistisch sind“ (178). Taylor führt Batterien von Argumenten an, die Rolle Chinas zu entdramatisieren – etwa dass der Niedergang der afrikanischen Textil- und

Bekleidungsindustrie bereits vor dem Beginn massenhafter chinesischer Billigimporte eingesetzt habe, dass der Waffenhandel Chinas als Ausdruck des schlechten Zustandes der chinesischen Rüstungsindustrie wenig geeignet sei, ernsthaft destabilisierend zu wirken, oder dass die chinesische Regierungspolitik sich weitgehend an die offizielle Interpretation der Menschenrechte halte, die kollektive und soziale vor persönlichen und bürgerlichen Rechten privilegiert. Allein da, wo afrikanische Regime wie etwa in Zimbabwe „Entwicklung“ als die Garantie für die Einlösung der kollektiven Rechte selbst konterkarieren, sieht Taylor die chinesische Politik im Gegensatz zu den Menschenrechten. Dabei erspart er sich freilich eine Auseinandersetzung sowohl mit der Debatte über die Einheit der Menschenrechte als auch mit den Demokratie-Bewegungen, die in Afrika ebenso wie in China selbst kulturell relativistische Argumente der jeweiligen Regierungen nachdrücklich in Frage stellen. Taylor sieht die VR China aufgrund ihrer fortschreitenden Integration in das internationale System in Gestalt internationaler Institutionen und wirtschaftlicher Verflechtungen sowie ihres damit verknüpften Strebens nach Anerkennung als verantwortungsvolle Großmacht zunehmend auf international vorherrschende Diskurse einschwenken. Diese Tendenz zeichnet er vor allem im Hinblick auf die zunehmenden *Peacekeeping*-Engagements Chinas nach, wobei ihm die Bereitschaft zur Intervention als Maßstab des Fortschreitens im postulierten Integrationsprozess dient. Im Zentrum steht dabei die Relativierung der in der Argumentation der chinesischen Regierung zunächst absolut gesetzten staatlichen

Souveränität. Die internationale Debatte über Intervention, die Verschiebung von der humanitären Intervention zum Krieg gegen den Terror und *peace support* spielt dabei offenbar keine Rolle, wird jedenfalls nicht erwähnt. Durchgängig argumentiert Taylor mit der Eigenverantwortlichkeit afrikanischer Regime. Dem stellt er die Strategie gegenüber, die Folgen neopatrimonialer Herrschaft und administrativer Ineffizienz China als Sündenbock anzulasten. Freilich bleibt die Analyse dieser Herrschaftsform einmal mehr bruchstückhaft, und man reibt sich verwundert die Augen, wenn „schwache Rechtsstaatlichkeit, endemische Korruption und bürokratische Tendenzen auf allen staatlichen Ebenen“ die Verhältnisse in China charakterisieren sollen (179). Zumindest wäre zu fragen, warum dort diese Charakteristika des „Neopatrimonialismus“ offenbar kein ernsthaftes Hemmnis für wirtschaftliches Wachstum darstellen, während sie in Afrika dafür verantwortlich gemacht werden. Schließlich ist festzuhalten, dass Taylor sich auf eine beeindruckende Fülle von Interviews stützt, die er an vielen Orten in Afrika, in China und in den USA geführt hat. Es ist verständlich, dass die Interviewpartner oft anonym bleiben, doch hätte man sich ein wenig Auskunft über die Methodologie, insbesondere die Auswertung gewünscht und fragt sich beispielsweise, wieso die Aussage eines „Beamten der Afrikanischen Union“ als Beleg dafür gelten soll, dass Industrialisierungsstrategien, die der Schwerindustrie Vorrang vor der Leichtindustrie gaben, „durchwegs gescheitert sind“ (65). Das Heranziehen wirtschaftshistorischer oder entwicklungsgeschichtlicher Standardliteratur hätte hier näher gelegen. Dennoch liefert

dieses Buch informierte Argumente aus einer Perspektive langjähriger Auseinandersetzung mit beiden Seiten der afrikanisch-chinesischen Beziehungen.

Die Perspektive *Pádraig Carmody* stimmt in vieler Hinsicht mit der Taylors überein. Freilich sieht er eher Fortschritte im Bereich der Regierungsführung in Afrika und bemüht sich als einziger der hier besprochenen Autoren um eine theoretische Reflektion seiner Ergebnisse. Er fasst sie in der These „kreuzförmiger Souveränität“ (*cruciform sovereignty*, bes. 63ff) zusammen. Genauer müsse freilich von einer T-förmigen Struktur gesprochen werden (83¹): Es gehe darum, dass Länder des Nordens „horizontal“, d.h. auf Basis der Gleichberechtigung, Souveränität in und mit supranationalen Organisationen teilten, während sie den Ländern des Südens „nur Hilfe geben, anstatt Souveränität zu teilen“ (66). Hier bestehe ein vertikales Verhältnis, in dem „Zustimmung erzwungen“ (66) und „Gesellschaft normalisiert“ werde (68). Aus dieser Perspektive sieht Carmody etwa *Poverty Reduction Strategy Papers* oder die *Paris Declaration* sehr viel kritischer als viele Autoren, die hierin einen Zugewinn an Autonomie erblicken. Gegenüber dieser „Form eines Kautskyanischen ‘Ultrimperialismus’“ (66) praktiziere China im Zuge seiner „institutionellen Absorption in den globalen Kernbereich“ (81) gegenüber der „Entwicklungs-Welt“ eine von Giovanni Arrighi apostrophierte „Dominanz ohne Hegemonie“ oder „Flexigemonie“, die insbesondere auf die Normalisierung bestehender Institutionen verzichte (82). Freilich fragt sich, ob der deklarierte Verzicht auf „imperialistische“ Praxis den Realitäten

standhält. Carmodys Fallstudie über Zambias Chancen, dem „Ressourcen-Fluch“ zu entgehen (Kap. 5), gibt dazu eine bestenfalls zwiespältige Antwort. Sie unterstreicht vielmehr seine Kernthese, „dass der Ressourcen-Fluch in Wirklichkeit in Afrika eine Form der Regierungsführung ist“, die „auf einem impliziten transnationalen Vertrag der Extraversion [Außenorientierung] zwischen den einheimischen politischen Eliten in Afrika und westlichen oder östlichen Regierungen sowie transnationalen Konzernen beruht“ (5). Eindeutig über die spezielle Rolle Chinas hinaus weist daher Carmodys abschließende Perspektive. Er sieht zum einen die Problematik eines vom Norden inspirierten „Armutsregimes“, in dem Armut „verwaltet statt beseitigt wird“, ein „umgekehrtes *ubuntu* auf der Grundlage nicht von Solidarität, sondern des Abflusses gesellschaftlichen Überschusses nach oben“. Zugleich habe das „chinesische Engagement in afrikanischen Staaten bisher anscheinend autoritäre und patrimoniale Tendenzen verstärkt“ und so die säkulare Tendenz zur Außenorientierung vertieft (141). Letztlich fehlten den meisten afrikanischen Staaten „Klassenstrukturen und Institutionen“, um die aus Ressourcenextraktion erlösten Renten sinnvoll zu nutzen (142), was etwa in Venezuela oder Chile jedoch gelungen sei. Eine solche Perspektive könnte etwa in einer Stärkung gewerkschaftlicher Organisationen im Zuge eines fortgesetzten wirtschaftlichen Aufschwungs liegen, wobei Carmody sich am Muster wichtiger Unabhängigkeitsbewegungen Mitte des 20. Jahrhunderts orientiert.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen relativiert sich die aktuelle

Bedeutung Chinas für Afrika. Immerhin ist zu bedenken, dass Taylor den gewaltigen Zuwachs an chinesischen Importen damit belegt, dass diese von 2,5 % der gesamten Einfuhren Afrikas 1996 auf 7,4 % im Jahr 2005 gestiegen sind (63), was mit den 7,2 % korrespondiert, die China 2005 am Welt-Gesamtexport hielt (66). Dies verweist darauf, dass auf dem Stand von 2005 immerhin über 90 % der Importe nach Afrika aus anderen Quellen als China kamen. Leider wird diesem Umstand in den besprochenen Publikationen nicht ausreichend Rechnung getragen.¹ Nur unter dieser Voraussetzung aber lässt sich hoffen, zu einem adäquaten Bild der Wirtschafts- und Machtbeziehungen auf dem Kontinent zu gelangen.

Reinhart Kößler

Anmerkung

- 1) s. dazu aber Southall, Roger, & Henning Melber (Hg.). *A New Scramble for Africa? Imperialism, Investment and Development*. Scottsville 2009.

BEIGEWUM & Attac: *Mythen der Krise. Einsprüche gegen falsche Lehren aus dem großen Crash*. Hamburg: VSA 2010, 126 Seiten

Die 2008 offen ausgebrochene Finanzkrise schien zunächst das Glaubensgebäude jener zutiefst zu erschüttern, die meinten, auf alle Fälle in die Rationalität „der Märkte“ vertrauen zu dürfen oder gar zu müssen. Manche sahen bereits ein neues Zeitalter des Keynesianismus heraufziehen und damit neue Chancen für die Regulierung des internationalen Finanzsystems oder die Austrocknung von Steueroasen. Inzwischen sind wir mit den Budget- und Währungs Krisen

im Euro-Raum einen massiven Krisenschub weiter. Zugleich aber ist deutlich geworden, dass für einen Großteil der Maßnahmen das französische Sprichwort gilt, „plus ça change, plus la même chose“ – je mehr Wechsel, desto mehr Kontinuität. Hier setzen der *Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen* (BEIGEWUM) und *Attac Österreich* mit einer bewusst populär gehaltenen Publikation an, die freilich die Krisenerscheinungen des Jahres 2010 nicht mehr berücksichtigen konnte. Ähnlich wie ein Katechismus arbeitet sie in 18 knapp gehaltenen Kapiteln weit verbreitete und politisch folgenreiche Annahmen zu Krisenursachen, Krisendynamiken und Krisenlösungen ab und zeigt insgesamt einleuchtend, dass und warum es sich hierbei um Mythen handelt. Jedes Kapitel lädt mit knappen Literaturhinweisen zum Weiterlesen und -denken ein. Die als Kollektiv auftretenden Autorinnen und Autoren orientieren sich dabei an „kritische(n) Theorien“, unter die sie „keynesianische Ansätze“, „die kritische politische Ökonomie“ – hier könnte die Kritik der politischen Ökonomie gemeint sein – sowie „feministische Ansätze“ zählen (10f).

Krisentheoretisch beruht die Argumentation insgesamt auf der Interpretation der aktuellen Krise als Unterkonsumtionskrise, wobei Aspekte eines Verständnisses als Disproportionalitätskrise hineinspielen. Dementsprechend überwiegt die in breitem Verständnis linkskeynesianische Argumentation: Durch Lohnrestriktionen und mehr noch durch die Rückführung der staatlichen Sozialbudgets bereits seit Mitte der 1970er Jahre kam es zu einer immer stärker ausgeprägten

Nachfragekontraktion in Ländern wie Österreich – das in den empirischen Bezügen im Vordergrund steht – und Deutschland. Dies war die Grundlage ihrer erfolgreichen Exportstrategie, die kontinuierlich zu Leistungsbilanzüberschüssen führte, was aber Importüberschüsse und Leistungsbilanzdefizite in den Empfängerländern zur Folge hatten. Ein ähnliches, aber etwas anders begründetes Ungleichgewicht entstand durch die Exportoffensive der VR China vor allem in die USA. Dort hatte die hier gleichfalls durchgesetzte Verminderung der Masseneinkommen aber nicht unmittelbar die Kontraktion des Konsums, sondern die Steigerung der privaten Verschuldung zur Folge. Dabei spielte der Haus- und Wohnungsmarkt eine besondere Rolle, weil schlecht verdienende Haushalte sich mangels öffentlichen Wohnungsbaus geradezu gezwungen sahen, sich für Wohnraum zu verschulden und so die spekulative Blase auf dem Immobilienmarkt mit hervorzubringen, deren Platzen schließlich zum Auslöser der aktuellen Krise wurde.

Demgemäß lassen sich die Krisenursachen nicht einfach auf die USA begrenzen, und insbesondere die Verantwortung europäischer Banken wird deutlich herausgearbeitet. In einem eigenen Kapitel wird auch verdeutlicht, dass keineswegs Männer die hauptsächlichen Opfer der Krise sind, sondern dass die „Reorganisation von Erwerbsarbeit“ (64) ebenso wie die Zielrichtung von Stabilisierungsprogrammen gerade Frauen besonders hart trifft und so „Geschlecht in die Erzählweisen der Krise eingelassen“ ist (68) – was freilich in den restlichen Kapiteln unterbelichtet bleibt.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der Weltwirtschaftskrise nach 1929 betrifft ein weiterer wichtiger Einspruch die Furcht vor einem neuen Protektionismus. Damals wie heute waren nicht die Zollmauern das Problem, sondern „der drastische Einbruch der globalen Nachfrage ... und der Rückzug der Banken aus der Unternehmens- und Außenhandelsfinanzierung“ (71). Für „Entwicklungs- und Schwellenländer“ (73) erscheinen Schutzzölle in der aktuellen Lage sogar als Überlebensfrage. Leider wird in diesem Kontext zwar verschiedentlich auf die andauernde Doha-Runde der WTO verwiesen, nirgends aber auf die mit viel größerem Druck verbundenen Verhandlungen über *Economic Partnership Agreements* (EPA) zwischen der EU und den Staaten des afrikanischen, karibischen und pazifischen Raums (AKP-Staaten).

Die Kritik an den aktuellen Lösungsansätzen ist vor dem skizzierten Hintergrund ebenso vorhersehbar wie insgesamt einsichtig. Die bestehenden Ungleichgewichte können langfristig nur durch größere Verteilungsgerechtigkeit abgebaut werden. Weitere Exportoffensiven und damit verbundene Budgetrestriktionen und Sozialabbau dagegen werden die Krisenursachen nur weiter verschärfen und die *race to the bottom* weiter anheizen (115). Schließlich ist auch die Annahme verfehlt, die Klimapolitik müsse angesichts der ökonomischen Krise zurückgestellt werden: Auch hier „verdeckt eine vage Ideologie der Markteffektivität und der Marktzwänge ... ein rückschrittliches, widersprüchliches, umkämpftes und sozial-ökologisch gefährliches Projekt“ (124), dem „ein Green New Deal, das heißt eine ökologische Wende des Kapitalismus“ (76)

oder aber mit Oliver Walkenhorst eine „revolutionäre Klima-Realpolitik“ (125) entgegengesetzt werden.

Es ist klar, dass auf dem begrenzten Raum weder das eine noch das andere entwickelt werden kann. Mir scheint aber, dass hier ein Spannungsverhältnis aufblitzt, das offenbar auch innerhalb des Autorinnen- und Autoren-Kollektivs nicht ausgetragen wurde. Die drei aufgezählten Theoriestränge kommen untereinander recht unverbunden zu Wort. Von feministischen Positionen ist abgesehen von einem Kapitel wenig zu sehen, und die vorherrschende keynesianische Argumentation einschließlich des Verweises auf die Erfordernisse einer „modernen Geldwirtschaft“ (79) steht recht schroff neben Aussagen, „Marktwirtschaft“ – im Unterschied zu „Wirtschaft mit Märkten“ – „und Kapitalismus gehör(t)en zusammen“ (39), und das „Gegenbild zum Kapitalismus“ sei „eine bewusst regulierte Wirtschaft“ (43). Dass der kleine Straßenverkäufer oder auch der marktorientierte Bauer bereits den Keim zum Großkapitalisten in sich trage, war schon vor 100 Jahren fragwürdig, als solche allgemeinen Gegenüberstellungen historisch noch eine andere Bedeutung hatten, weil es keine Erfahrung mit einer „bewusst regulierten“, anders gesagt einer „geplanten“ Wirtschaft gab. Da inzwischen aber ein von genau solchen Vorstellungen angeleitetes Großexperiment folgenreich gescheitert ist, ist auch der begrenzte Raum keine Entschuldigung dafür, dieses Mantra einfach zu wiederholen.

So bleibt eine verdienstvolle Publikation, die wichtige Argumentationshilfen bereit stellt. Doch zugleich zeigen sich innerhalb der durch die drei Theoriekomplexe angedeuteten

Bündniskonstellation Brüche, die weit gründlicher und produktiver bearbeitet werden müssten, als gegensätzliche und zugleich politisch bedeutsame Aussagen einfach nebeneinander zu stellen.

Reinhart Kößler

Dörte Rempel: *Rebellen oder Patrioten? Jugend im politischen Prozess der Côte d'Ivoire*.

Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel 2008, 179 Seiten

Der Konflikt in der Côte d'Ivoire erregte international vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit, selbst als er 2002/03 zu einem innerstaatlichen Krieg eskalierte, in dem die Rebellen der *Forces Nouvelles* und die dem Präsidenten Laurent Gbagbo loyalen Truppen gegeneinander kämpften. Die Politikwissenschaftlerin Dörte Rempel befasst sich in ihrer Studie – einer kaum überarbeiteten Fassung ihrer 2006 an der Goethe-Universität in Frankfurt a.M. eingereichten Magisterarbeit – mit den gesellschaftlichen Strukturen und politischen Prozessen, die dem Konflikt zugrunde liegen und weit in die Zeit vor der Transition des ivoirischen politischen Systems Anfang der 1990er Jahre zurückreichen.

Der Begriff der Jugend spielt in der afrikabezogenen Forschung eine zentrale Rolle. Einige jüngere sozialanthropologische Studien fassen „Jugend“ als eine gesellschaftlich-kulturell konstruierte generationale Kategorie auf, die sich weniger auf das Lebensalter bezieht denn vielmehr einen sozialen Status beschreibt. Demgegenüber geht die Autorin davon aus, „dass es Elemente gibt, welche die Jugendphase zu einem universalistischen psychologischen

Modell der Persönlichkeitsentwicklung machen“ (28). „Jugend“ versteht sie deshalb gleichermaßen als Phase im Lebenslauf wie als soziale Rolle.

Sie zeichnet die politisch-historischen und sozial-strukturellen Rahmenbedingungen detailliert nach, welche die Lebenswelten junger Menschen in der Côte d'Ivoire seit der Dekolonialisierung prägten. Von besonderer Bedeutung sind dabei die öffentlichen und privaten Institutionen des Bildungswesens sowie die politischen Jugendorganisationen. „Im Bildungssektor werden die im Land vorherrschenden sozialen und politischen Spannungen besonders deutlich“ (64), denn das systematisch auf Selektion angelegte Bildungssystem reproduziere die soziale Ungleichheit.

Zu einer politisch bedeutsamen Gruppe wurde die Jugend ab der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, als Schüler_innen und Studierende gegen ihre Bildungs- und Lebensbedingungen protestierten. Diese Proteste stellten einen wichtigen Bestandteil der Bewegung für politische Liberalisierung und Demokratisierung in der Côte d'Ivoire dar. Im Zuge der Proteste kam es vielfach zu Gewalt-handlungen, die überwiegend von den staatlichen Sicherheitskräften ausgingen. Wichtigste Jugendorganisation wurde in dieser Zeit die *Fédération Estudiantine et Scolaire de Côte d'Ivoire* (FESCI), die in den 1980er Jahren als Gegenbewegung zur einheitsparteilichen Studierendenorganisation *Mouvement des Elèves et Etudiantes de Côte d'Ivoire* (MEECI) gegründet wurde. Rempel schildert, wie die beiden zentralen, nicht-militärischen Akteure der 2000er Jahre in der FESCI sozialisiert wurden: Laurent Gbagbo, seit 2000 Präsident des Landes, und Guillaume Soro, politischer Chef der

Forces Nouvelles. Die Rebellengruppe kontrollierte seit einem fehlgeschlagenen Militärputsch im September 2002 den Norden des Landes. Infolge des Friedensabkommens vom März 2007 avancierte der frühere FESCI-Vorsitzende Soro vom Rebellenchef zum Ministerpräsidenten. Diese Entwicklung ist in Rompels Studie freilich nicht mehr erfasst, denn ihr Untersuchungszeitraum endet 2006.

Dass die späteren Kontrahenten Gbagbo und Soro einst Verbündete waren, zeigt, wie tief gespalten die ivorische Jugend zum Zeitpunkt der Rebellion war. Wie die Autorin darlegt, spiegelt dies eine gesellschaftliche Spaltung insgesamt wider, welche sich vor allem durch die Politisierung ethnisch-regionaler Identitäten auszeichnet. Während die *Forces Nouvelles* ihren Ursprung in der ivorischen Armee haben, sind Jugendmilizen aus dem Umfeld der FOCI die wichtigsten Gewaltakteure auf der Seite Gbagbos. Die bekanntesten unter ihnen sind die „Jungen Patrioten“. Rompel zeigt, dass auch innerhalb der „patriotischen“ Jugendbewegung Spaltungen und Konkurrenzen bestehen.

Die Arbeit berührt zwei Leerstellen in der gegenwärtigen deutschsprachigen Forschung über soziale und politische Konflikte in Afrika südlich der Sahara. Denn es liegen hierzulande erstens nur wenige Studien über den Konflikt in der Côte d'Ivoire vor. Zweitens wird im Vergleich zur internationalen Diskussion auch die Bedeutung von Jugend in der regionalwissenschaftlichen Forschung weit weniger intensiv erörtert. Die Stärke des Buchs liegt in der detailgenauen Schilderung der Entwicklung der ivorischen Jugendbewegung. Dabei wird deutlich, dass deren Akteurspektrum weitaus vielfältiger ist, als die meisten

sich auf die beiden scheinbar homogenen Gruppen „Rebellen“ und „Patrioten“ beschränkenden Darstellungen vermuten lassen. Die Autorin stellt überzeugend dar, dass sich die politischen Konflikte im Land nicht ohne die Rolle der Jugend verstehen lassen – eine Beobachtung, die auf zahlreiche andere Konflikte ebenso zutrifft. Vor diesem Hintergrund ist die Arbeit nicht nur als eine Länderstudie zu lesen, sondern ebenso als ein paradigmatischer Beitrag zur Analyse gegenwärtiger gesellschaftlich-politischer Konflikte und ihres gewaltsamen Austrags.

Bettina Engels

Luger Pries: *Erwerbsregulierung in einer globalisierten Welt*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2010, 300 Seiten

Die Auswirkungen der ökonomischen Globalisierung auf Arbeit, Beschäftigung und Arbeitsregime im nationalen Zusammenhang sind in den letzten beiden Jahrzehnten vielfach, nicht zuletzt auch vergleichend untersucht worden. Weniger Aufmerksamkeit haben die mannigfaltigen Ansätze grenzüberschreitender arbeits- und sozialpolitischer Regulierung gefunden, die der ökonomischen Globalisierung mit substantiellen oder prozeduralen sozialen Standards ein soziales Korsett anzulegen suchen. Das vorliegende Buch liefert einen wichtigen Beitrag zur Diskussion über Formen und Reichweite dieser Ansätze von „sozialer Globalisierung“.

Es handelt von der Erwerbsregulierung: den Regeln, Praktiken und Institutionen, durch welche Arbeits-, Beschäftigungs- und Partizipationsbedingungen definiert und kontrolliert werden; dabei beschränkt es sich auf die abhängige

Erwerbsarbeit. Im Mittelpunkt stehen „Phänomene der Erwerbsregulierung, die als transnationale und internationale Strukturen und Prozesse die Grenzen von Nationalstaaten und Nationalgesellschaften überschreiten“ (21).

Ludger Pries liefert eine exemplarische Darstellung und Synopse des in den letzten beiden Jahrzehnten stürmisch expandierten und differenzierten Spektrums internationaler Erwerbsregulierung. Die einzelnen Regelungsmechanismen sieht er als Elemente einer sich herausbildenden *Governance*-Textur: „als Teilstücke eines emergierenden internationalen Geflechts von harten Regeln und Normensystemen, ‘weichen’ nachhaltigen Legitimationsanforderungen, grenzüberschreitenden Kommunikationskanälen und Interaktionszusammenhängen sowie internationalen Akteursnetzwerken“ (20). Erst diese Sichtweise auf das Gesamte, so seine zentrale These, „ermöglicht ein Verständnis der Wechselwirkungen und Dynamiken, die in der Internationalisierung von Arbeit und Beschäftigung liegen“ (ebd.); durch sie lässt sich das Potenzial internationaler Erwerbsregulierung erschließen.

Das Buch beginnt mit zwei konzeptionell-analytischen Kapiteln zur Erwerbsregulierung und ihren Dimensionen. Sie bilden die Grundlage für die Analyse und den Vergleich nationaler Systeme der Erwerbsregulierung, der in einem weiteren Kapitel am Beispiel von China und Indien vorgenommen wird, wie auch für die Untersuchung internationaler Erwerbsregulierung.

Pries geht von einem institutionalistischen Verständnis der Gestaltung von Erwerbsarbeit aus. Er unterscheidet fünf gesamtgesellschaftliche,

die Erwerbsarbeit strukturierende Institutionen (Netzwerk/Familie, Markt, Beruf, Organisation und Öffentliches Regime), die sich auf je spezifische Handlungsressourcen, normative Grundlagen und Kommunikationsmedien stützen. In den Nationalgesellschaften sind die Mischungsverhältnisse und der Einfluss dieser Institutionen ganz unterschiedlich ausgeprägt. Die Arrangements der Regulierung abhängiger Erwerbsarbeit lassen sich nach verschiedenen Dimensionen vergleichen, so u.a. nach thematischer und räumlicher Reichweite, nach Regulierungsmodi, Arenen und Akteuren.

Mit diesem analytischen Instrumentarium werden dann die Konfigurationen und die landesspezifischen Besonderheiten der nationalen Systeme von China und Indien, zweier unter diesem Aspekt bislang in Deutschland wenig beachteter Länder, vorgestellt und verglichen. Als mögliche Entwicklungsperspektive sieht Pries die Erosion der traditionellen Systeme sowie eine Aufspaltung in zwei Pole: einerseits den der privilegiert Beschäftigten, andererseits den „einer großen Masse prekär Beschäftigter, denen häufig sogar die Gewährung der ILO-Mindestnormen verwehrt wird“ (116). Ob es dazu aber tatsächlich kommt, hängt seiner Meinung nicht nur von den internen Dynamiken in den beiden Ländern selbst ab, sondern auch von „der Frage, welche Einflusspotenziale grenzüberschreitende Mechanismen der Erwerbsregulierung“ nehmen können (ebd.).

Diesen Mechanismen und ihrem Zusammenhang ist der ganze Rest des Buchs gewidmet. Pries geht von einer Kritik am „methodologischen Nationalismus“ aus, der die Nationalstaaten als natürlich gegebene und

abgegrenzte Einheiten sieht, und postuliert, dass „Verflechtungsstrukturen und Formen von Governance jenseits bzw. über die Grenzen von Nationalstaaten hinweg Berücksichtigung finden“ (124). Zunächst führt er eine Typologie von Internationalisierungsformen mit je unterschiedlichen Beziehungen von geographisch-physischem „Flächenraum“ und „Sozialraum“ ein, die auch nützliche Unterscheidungen von verschiedenen Mechanismen der internationalen Erwerbsregulierung erlaubt. So differenziert er u.a. zwischen Inter-Nationalisierung, Supra-Nationalisierung, Globalisierung, Transnationalisierung, Diaspora-Internationalisierung, um anschließend die wichtigsten Akteure, ihre Geschichte, Ziele, institutionelle Struktur und Arbeitsweisen vorzustellen. Im Einzelnen behandelt er ILO, Weltbank und Weltwährungsfonds, WTO und OECD, Internationale Gewerkschaftsverbände, Arbeitgeberverbände und international tätige Unternehmen sowie die seit den 1980er Jahren stark expandierenden internationalen Nichtregierungsorganisationen.

In den folgenden Kapiteln stellt Pries das Spektrum internationaler Erwerbsregulierung vor. Er behandelt, oft exemplarisch, die verschiedenen Typen sowie ihre Geschichte und beurteilt ihre Reichweite und Wirkungskraft; dabei stützt er sich auf einen breiten Fundus neuerer Forschung, nicht zuletzt auch eigener.

Pries behandelt zunächst Regime der Erwerbsregulierung, bei denen supra- und internationale Institutionen und staatliche Akteure im Zentrum stehen und eine regionale oder gar globale Reichweite angestrebt wird. Zentrale Bedeutung kommt dem globalen Regime der ILO zu, die ein breites Spektrum

globaler Mindeststandards formuliert hat und durchzusetzen sucht; vor allem die mit universellem Geltungsanspruch versehenen Kernarbeitsnormen bilden einen Bezugsrahmen auch für zahlreiche andere Akteure und Regulierungsansätze. Pries zeigt auf, wie inzwischen auch Internationale Finanzorganisationen wie die Weltbank bei der Kreditvergabe diese Standards berücksichtigen.

Als Typen mit regionalem Geltungsanspruch stellt er das Nebenabkommen zur Erwerbsregulierung im NAFTA-Raum, vor allem aber in einem eigenen Kapitel die als weitestgehend gefestigt und wirkungsmächtig angesehene Regulierung der Europäischen Union und dabei exemplarisch die Euro-Betriebsräte dar.

Die in den folgenden Kapiteln untersuchten Regulierungstypen beziehen sich auf international agierende Unternehmen (und ihre Zulieferer) als wichtigste Adressaten, Unternehmen sowie Gewerkschaften und NGOs als die wichtigsten Akteure und setzen auf Selbstverpflichtungen: 1. unilaterale firmen- oder branchenspezifische Verhaltenskodizes oder die Mitgliedschaft im *Global Compact*, bilateral vereinbarte *World Company Councils* und schließlich die Internationalen Rahmenabkommen zwischen Globalen Gewerkschaftsförderationen und einzelnen international tätigen Unternehmen; 2. Zertifizierung von Unternehmen in Bezug auf die Erfüllung von Selbstverpflichtungen sowie Produktlabels; schließlich 3. öffentliche Kampagnen wie die *Clean Clothes Campaign*, mit denen Unternehmen zur Beachtung internationaler Mindeststandards gedrängt werden sollen.

Nach der höchst differenzierten Vorstellung der einzelnen Regulierungstypen,

ihrer Geschichte, ihren Stärken und Schwächen kommt Pries zu seiner zentralen These: „Die einzelnen Typen internationaler Erwerbsregulierung entwickeln sich als Teile eines dichter – und damit stärker, aber auch unübersichtlicher – werdenden Geflechts grenzüberschreitender Regulierung von Arbeit, Beschäftigung und Partizipation. Eine komplexe internationale Governance-Textur als Netzwerk von Netzwerken entsteht, in der verschiedene Typen der Erwerbsregulierung und differente Typen der Internationalisierung miteinander verwoben sind. Jede ernsthafte Erörterung der Stärken und Schwächen der Entwicklungspotenziale und der Begrenzungen der einzelnen Regulierungstypen muss diese im Gesamtrahmen der emergierenden Governance-Textur internationaler Erwerbsregulierung analysieren“ (246). Pries stützt seine These durch exemplarische Analysen der Euro-Betriebsräte sowie der OECD-Richtlinien für multinationale Unternehmen, in denen er die zunehmende Verzahnung und wechselseitige Verstärkung verschiedener Regulierungsmechanismen und die Verflechtung und Interaktion verschiedener Internationalisierungsformen aufzeigt.

Im Schlusskapitel sieht Pries – entgegen den skeptischen Betrachtungen vieler Globalisierungskritiker – die Entwicklung der internationalen Erwerbsregulierung als Teil eines Prozesses der sozialen und politischen Globalisierung, welcher die ökonomische Globalisierung institutionell formen, kanalisieren und begrenzen kann. Ob es zu einer weiteren Verdichtung und Integration kommt, hängt aber auch von der Konflikt- und Gestaltungsfähigkeit der beteiligten Akteursgruppen ab (265). Abschließend

analysiert Pries die institutionellen Defizite und Verwerfungen, die zur gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise beigetragen haben, und kommt zu dem Schluss, dass „das Thema der Erwerbsregulierung in einen erweiterten Rahmen von Regulierung und von institutioneller Strukturierung von Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt eingebettet werden sollte“ (274).

Insgesamt hat Ludger Pries ein konzeptionell gut begründetes und strukturiertes Buch vorgelegt. Es spannt einen weiten Bogen von theoretischen Grundbestimmungen über exemplarische nationale Regime bis hin zum Spektrum internationaler Erwerbsregulierung. Vor allem gibt es einen lebendigen, gründlichen, auf anschauliche Empirie gestützten, Überblick über die Vielfalt der insbesondere in den letzten drei Jahrzehnten explosionsartig gewachsenen Ansätze grenzüberschreitender Regulierung und ihre Verflechtungen. Es beschränkt sich nicht – wie sonst üblich – auf die Beschreibung von Geschichte, Zielen und institutioneller Struktur, sondern analysiert, auf einen reichen Fundus von Forschungsergebnissen gestützt, ihre Praxis und Wirkungsweise – unter diesem Aspekt erfüllt es durchaus Funktionen eines Handbuchs.

Allerdings überzeugt die optimistische Sichtweise des Buchs nicht in jeder Hinsicht. Zwar zeigt Pries am Beispiel der Euro-Betriebsräte wie auch der OECD-Leitlinien die vielfältigen Verknüpfungen von Regelungsansätzen und -aktivitäten auf; man hätte sich aber doch eine ausführlichere Betrachtung und Abschätzung der Wirkungsweise und -reichweite der „emergierenden Governance-Textur“ gewünscht.

Ein großer Teil der vorgestellten Regulierungsansätze und -aktivitäten konzentriert sich auf die doch letztlich kleine Gruppe international tätiger Unternehmen. Es bedürfte tieferer Analyse und natürlich auch weiterer empirischer Forschung, um Wirkungsmacht und vor allem *Spill-Over*-Kraft der von ihnen getragenen oder vermittelten Formen der „Diaspora-Internationalisierung“ – der Verbreitung von materiellen und prozeduralen Normen von den starken Unternehmenszentralen in den Industrieländern aus in die Töchtergesellschaften und ihre Zulieferunternehmen in Entwicklungsländern – einzuschätzen. Selbst vorausgesetzt, dass verschiedene Typen internationaler Erwerbsregulierung ergänzend und stützend zusammenwirken – können international tätige Konzerne tatsächlich stilbildend für nationale Erwerbsregulierung sein, wenn sie Inseln in einem Meer informeller, vielfach auch selbständiger Erwerbstätigkeit sind? Die Sicht aus Europa, wo Erwerbsarbeit in hohem Maße formalisiert und in dichte nationale wie grenzüberschreitende Regelwerke eingebunden ist, wo ferner ein großer Teil der international tätigen Unternehmen ihren Stammsitz hat und unter Beobachtung und dem Einfluss von Öffentlichkeit, Gewerkschaften und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft steht, könnte ein verzerrtes Bild der Wirkungsmacht internationaler Erwerbsregulierung schaffen.

Auch die Annahme, dass die Wirkungsmacht von der Dichte und gegenseitigen Verstärkung der Mechanismen internationaler Arbeitsregulierung abhängt, weckt Zweifel. Sie lässt nämlich offen, wieweit es auch des Zusammenspiels mit nationaler

Erwerbsregulierung, gleichlaufenden Regulierungsansprüchen und -dynamiken bedarf, um internationalen Mechanismen mehr als nur nadelstichartige Einflussräume zu geben. Europa könnte weniger als Modell und Kern einer „emergierenden Governance-Textur“, sondern vielmehr als singuläre Insel gelten, weil hier ein relativ dichtes und hoch institutionalisiertes System super-, inter- und transnationaler Sozialpolitiken durch hochgradig kompatible nationale Institutionen und Politiken der Erwerbsregulierung gestützt wird, die bei aller Verschiedenartigkeit nationaler Institutionen gemeinsame Merkmale eines europäischen Sozialmodells – mit universellen sozialen Rechten und industriellen Bürgerrechten – teilen.

Schließlich wirft Pries am Schluss seines Buches selbst eine Frage auf, die für die Einschätzung der Reichweite und Wirkungsmacht eines *Governance*-Systems grenzüberschreitender Erwerbsregulierung von zentraler Bedeutung sein dürfte: ihre Einbettung in einen „erweiterten Rahmen von Regulierung und institutioneller Strukturierung von Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt“ (274).

Rainer Dombois

Katja Werthmann: *Bitteres Gold. Bergbau, Land und Geld in Westafrika*. Köln: Rüdiger Köppe 2009. 260 Seiten

Dass Goldbergbau zum Forschungsthema der Autorin wurde, kam „nach dem Prinzip der Serendipität zustande: zu finden, wonach man gar nicht gesucht hatte“ (23). Sie war für ein Forschungsprojekt über ein Agraransiedlungsprogramm nach Burkina Faso gekommen,

als genau an dem Ort, wo sie arbeitete, ein ergiebiger Goldfund gemacht wurde, worauf binnen weniger Tage Tausende von Goldgräbern in die Gegend einfielen, schon bald eine richtige Goldgräberstadt – „eine Stadt aus Stroh“ (80) – errichteten und in handwerklichem Bergbau Gold zu fördern begannen. Katja Werthmann nutzte die einmalige Chance, um zum einen die Auswirkungen des Goldbergbaus auf das Dorf, dem ihr ursprüngliches Forschungsprojekt gegolten hatte, zum zweiten die entstehenden sozialen und ökonomischen Strukturen in der neuen Goldgräbersiedlung und zum dritten die Entwicklung der Beziehungen zwischen Dorfbewohnern und Goldgräbern zu untersuchen.

Das Dorf war eine Neugründung im Rahmen eines in den 1970er Jahren begonnenen, international geförderten Entwicklungsprojekts (AVV) im Voltatal, durch das eine bis dahin agrarisch kaum genutzte Region für den Baumwollanbau urbar gemacht werden sollte. Die Bewohner waren etwa zur Hälfte aus dem Norden des Landes umgesiedelte Mossi-Bauern, zur anderen aus der unmittelbaren Umgebung stammende Dagara. Alle waren freiwillig gekommen und fast alle hatten zuvor schon mehrjährige Migrationserfahrungen gemacht. Mossi und Dagara lebten in getrennten Weilern, zwischen denen es zwar Konflikte, aber auch „ein gewisses Gemeinschaftsgefühl der ‘gens des AVV’“ (76) gab. Eine Besonderheit der Dagara war, dass sie über einen „Erdherrn“ verfügten, der zwar kein Recht auf Landvergabe (mehr) besaß, als Vermittler zwischen der Erdgottheit und den Siedlungsgemeinschaften aber bei gewissen Eingriffen in die Erde

gebraucht wurde, um bestimmte Zeremonien durchzuführen, wofür er auch Opfergaben verlangen konnte – was ihm die Goldgräbergemeinschaft lange Zeit verwehrt und erst nach einem Grubenunglück zugestand.

In die unmittelbare Nachbarschaft dieses Dorfes fielen nun nach dem Goldfund die Goldgräber „wie ein Heuschreckenschwarm“ (79) ein. Anfangs entwickelte sich die Situation ähnlich wie in den klassischen Vorstellungen vom „Wilden Westen“: Eine Handvoll Outlaws errichtete eine Art Terrorherrschaft, raubte junge Goldgräber aus, vergewaltigte Mädchen und Frauen. Schlägereien und Messerstechereien waren an der Tagesordnung. Nach etwa zwei Monaten war die Situation so weit eskaliert, dass das Militär eingriff und vier der „Desperados“ erschoss. Die Polizeipräsenz wurde verstärkt, die Eingänge zu der Siedlung durch Posten kontrolliert etc. Die Situation entspannte sich, und neue, relativ stabile politische und soziale Strukturen konnten sich entwickeln. Zur wichtigsten Figur wurde der gewählte Sprecher der Goldgräber, Siid Madi. Er war selbst reicher Grubenbesitzer und beschäftigte etwa 30 Arbeiter. Gewählt wurde er, weil er bereits „der mächtigste und gefürchtetste Mann“ (119) vor Ort war und (so die Fama) jeden verprügelte, der ihn provozierte, nie log, stets hielt, was er versprach, und viele wichtige Leute kannte. Eben deshalb war er aber auch in der Lage, zwischen Goldgräbern und Dorfbewohnern zu vermitteln, Streit zwischen Grubenbesitzern und Arbeitern sowie zwischen Grubenbesitzern untereinander zu schlichten, Prügeleien unter Goldgräbern zu beenden und auch Vertreter der Behörden, insbesondere der

staatlichen Goldaufkaufsgesellschaft, in ihre Schranken zu weisen. Mit alledem trug er unbestritten zur Stabilisierung der Verhältnisse bei.

Die stabilsten Strukturen gab es offenbar im Bereich der Produktion. Der erste Schritt ist die Parzellierung des Geländes. Man markiert etwa 1 m² Fläche und gräbt etwa einen Meter tief – dann ist der Anspruch anerkannt. Als nächstes muss man Arbeiter suchen und anheuern, die das Erdreich ausheben und hochschaffen, bis man auf die Goldader stößt – was mehrere Wochen dauern kann. Bis dahin ist der Grubenbesitzer für den Unterhalt der Arbeiter zuständig; danach werden sie nur noch in Anteilen am Produktionsergebnis entlohnt – der größte Anteil steht selbstredend dem Besitzer zu. Ist das goldhaltige Gestein nach oben gebracht, wird es in mehreren Arbeitsgängen zerkleinert. Der letzte Schritt, in dem kieselgroße Stücke zu Pulver zerstoßen werden, ist der einzige, der Frauen obliegt; sie sind auch die einzigen, die ausschließlich in Geld entlohnt werden. Das Aufkaufsmonopol für das schließlich gewonnene Gold hat die staatliche Vermarktungsgesellschaft CBMP; nach Schätzungen werden jedoch „bis zu 90 % ... schwarz verkauft“ (59).

Auch was die alltäglichen Interaktionen angeht, betont Werthmann immer wieder, dass es sich bei der Goldgräbersiedlung keineswegs um eine struktur- und regellose Ansammlung von Entwurzelteten handelte. Viele der Menschen kannten sich seit Jahren, weil sie schon an anderen Fundorten zusammengetroffen waren – die Autorin spricht von „Gemeinschaften ohne Ort“, ja von „Heterotopien“ (214 ff) i.S. Michel Foucaults. Für die meisten

stellt die Arbeit im Goldbergbau nur eine von mehreren möglichen Varianten der Arbeitsmigration dar, die für viele junge Männer und Frauen auf den Dörfern einfach zu einer bestimmten Lebensphase dazugehört. Die Arbeit ist hier zwar besonders schwer und gefährlich, nach gängiger Meinung gar ohne Drogen oder Alkohol überhaupt nicht auszuhalten. Dafür verdient man aber im Schnitt bedeutend mehr als anderswo und zeigt dies auch durch demonstrativen Konsum – besonders wichtig sind Klamotten US-amerikanischer Machart, Kassettenrecorder, Mofas und Alkohol. Auch wenn es häufig Streit gibt, könnte man nach allgemeiner Überzeugung ohne Freundschaften in den Goldgräbersiedlungen nicht überleben.

Komplizierter sind die Geschlechterverhältnisse. Frauen, die im Goldbergbau arbeiten, sind deutlich in der Minderheit. Es gibt die *pileuses*, die den letzten Akt im Zerkleinern der Gesteinsbrocken übernehmen, und die Hangar-Betreiberinnen, die die *pileuses* anheuern und bezahlen. Die *pileuses* bleiben meist nur ein paar Tage oder Wochen, schlafen im Hangar oder dichtgedrängt unter freiem Himmel, kaufen sich am Ende von dem erlösten Geld noch vor Ort heiß begehrte Konsumgüter (Kleider vor allem), und kehren zurück in ihre Dörfer. Die Hangar-Betreiberinnen sind neben einigen Ehefrauen oder Geliebten von Goldgräbern und Betreiberinnen von Garküchen oder Schenken die einzigen Frauen, die dauerhaft in der Siedlung leben. Für sexuelle Beziehungen gilt: „Wenn ich in einem Minenort eine Frau treffe, dann geht mein Leben sie nichts an, und ihr Leben geht mich nichts an“ (191). Für Frauen, die dort leben, gilt es nicht als besonders anrühlich, sich von

einem reichen Goldgräber oder Minenbesitzer aushalten zu lassen. Oft sind solche Verhältnisse nur eine von vielen Stationen ihrer Karriere, in der sie all die möglichen Frauenrollen in der Siedlung durchlaufen. Streit um Frauen bleibt dennoch eine der häufigsten Ursachen für tätliche Auseinandersetzungen unter Männern.

Sexuelle Beziehungen zwischen Goldgräbern und Frauen des Dorfes waren auch eine Ursache für Konflikte zwischen dem Dorf und der Goldgräbersiedlung, wenngleich keine sonderlich zentrale – „nach Ablauf eines Jahres waren sechs Mädchen und eine verheiratete Frau von Goldgräbern schwanger“ (92); zwei weitere verheiratete Frauen hatten sich mit Goldgräbern eingelassen. Im Fall der verheirateten Frauen erschien dies als gravierend; man brachte den Fall vor den Sprecher der Goldgräber, und der schickte die betreffenden Männer aus der Siedlung fort. Eine weitere Konfliktursache waren Auseinandersetzungen um Land. Nach dem Gesetz darf der Bergbau die Landwirtschaft nicht beeinträchtigen. Dennoch verloren im Dorf fünf Bauern durch die Anlage der Gruben Feldflächen. Dies wurde zwar dem Präfekten der Region vorgetragen, aber eine Einigung wurde nicht erzielt, und die Bauern erhielten auch keine Entschädigung. Dem standen auf der anderen Seite neue Erwerbsquellen für die Dorfbewohner gegenüber, was v.a. Frauen und jungen Männern auch eine neue Unabhängigkeit bescherte. Insbesondere der Verkauf von Trinkwasser, Hirsebier oder Fertiggerichten und die Arbeit der *pileuses* sowie einiger weniger Dorfbewohner im Goldbergbau selbst waren von Bedeutung. So waren

insbesondere „im Mossi-Viertel drei Jahre nach Beginn des Goldbergbaus deutliche Anzeichen von Wohlstand in Form von neuen Häusern mit Blechdach, Fahrrädern, Mofas ... Kleidung und Haushaltswaren sichtbar“ (96). Bei den Dagara änderte sich sehr viel weniger, was sich u.a. aus der bei ihnen besonders stark verbreiteten Vorstellung vom Gold und dem daraus gewonnenen Geld als „bitterem Geld“ erklärt. Solches Geld bringt, wenn es längerfristig angelegt wird (z.B. in Vieh oder Brautpreis oder Häuser) keinen Reichtum, sondern nur Schaden für die betreffende Familie; denn es stammt aus der Ausbeutung der heiligen Erde. Daher wird es nur für „persönliche, schnell vergängliche und nicht vererbare Konsumgüter“ (164) verwendet.

Für den Rezensenten besonders faszinierend war, wie die Autorin zeigt, wie sich aus anfangs anomischen und ziemlich schrecklichen Verhältnissen binnen kurzem entgegen allen gängigen Vorstellungen vom „Goldtausch“ einigermaßen stabile und belastbare politische, ökonomische und soziale Strukturen herausbildeten – und dies sowohl in der Goldgräbersiedlung selbst als auch in den Interaktionen zwischen dieser und der älteren Nachbargemeinde. Ethnologische Feldstudien, die solchen Wandel dokumentieren, sind leider immer noch die Ausnahme. Besonders bewundernswert ist daneben natürlich der Mut, den die Autorin aufbrachte, als sie ihre Forschungsarbeit in diesem explosiven Umfeld bis zum Ende durchzog. Ein winziges Haar fand ich trotzdem in der Suppe: Mir scheint es wenig hilfreich, wenn die Autorin den durchweg schönen Erzählungen aus ihrer Feldforschung ein übers andere

Mal im Nachhinein einzelne Kategorien aus der ganz großen sozialwissenschaftlichen Theorie wie Webers „reine Typen legitimer Herrschaft“ oder Foucaults „Heterotopien“ und dergleichen mehr überstülpt. Zum besseren Verständnis

der Erzählungen trägt dies wenig bei – man hat nur ein neues Wort. Und aus den hinter diesen Begriffen stehenden Theorien abgeleitet, wird das, was dort berichtet wird, gerade nicht.

Gerhard Hauck

Eingegangene Bücher

- Ataç, Ilker; Albert Kraler & Aram Ziai (Hg.): *Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung*. Wien: Mandelbaum 2010 (= Gesellschaft – Entwicklung – Politik, Bd. 13), 348 S.
ISBN: 9783854763536
- Baer, Willi, & Karl-Heinz Dellwo (Hg.): *Panteón Militar. Kreuzzug gegen die Subversion: Argentinien 1976-1983*. Hamburg: LAIKA 2010 (= Bibliothek des Widerstands, Bd. 9), 144 S.
ISBN: 9783942281782
- Baer, Willi, & Karl-Heinz Dellwo (Hg.): *Dass du zwei Tage schweigst unter der Folter!* Hamburg: LAIKA 2010 (= Bibliothek des Widerstands, Bd. 8), 192 S.
ISBN: 9783942281775
- Bösl, Anton; Nico Horn & André du Pisani (Hg.): *Constitutional Democracy in Namibia. A Critical Analysis After two Decades*. Windhoek: Macmillan Education Namibia 2010, 378 S.
ISBN 9789991624396
- Chandler, David: *International Statebuilding: The Rise of Post-Liberal Governance*. Abingdon (Oxon) OX14 4SB: Routledge 2010 (= Critical Issues in Global Politics, Bd. 2), 240 S.
ISBN: 9780415421188
- Dahmer, Helmut: *Divergenzen. Holocaust, Psychoanalyse, Utopia*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2009, 649 S.
ISBN: 9783896917706
- DAS ARGUMENT, Nr. 288: *Gewalt und Hegemonie*. Hamburg: Argument-Verlag 2010, 336 S.
ISBN: 9783886196746
- Fransecky, Tanja von; Andrea Rudorff, Allegra Schneider & Stephan Stracke (Hg.): *Kärnten – Slowenien – Triest. Umkämpfte Erinnerungen*. Berlin: Assoziation A 2010, 256 S.
ISBN: 9783935936927
- Gabriel, Leo, & Herbert Berger (Hg.): *Lateinamerikas Demokratien im Umbruch*. Wien: Mandelbaum 2010, 340 S.
ISBN: 9783854763543
- Gardner, Andrew M.: *City of Strangers. Gulf Migration and the Indian Community in Bahrain*. Ithaca, NY: Cornell University Press 2010, 216 S.
ISBN: 9780801448829
- Gerlach, Frank; Thomas Greven; Ulrich Mückenberger & Eberhard Schmidt (Hg.): *Solidarität über Grenzen. Gewerkschaften vor neuer Standortkonkurrenz*. Berlin: edition sigma 2011, 213 S.
ISBN: 9783836087247
- Hessel Stéphane: *Indignez Vous!* Montpellier: indigène 2010 (Deutsch: *Empört Euch!* Berlin: Ullstein 2011), 32 S.
ISBN: 9782911939761 (9783550088834)
- Hoering, Uwe, & Nora Sausmikat: *Landwirtschaft in China: Zwischen Selbstversorgung und Weltmarktintegration*. Essen: Asienstiftung 2010, 40 S.
ISBN: 9783933341501
- Kissel, Stephan, & Ulrike Liebert (Hg.): *Perspektiven einer europäischen Erinnerungsgemeinschaft. Nationale Narrative und transnationale Dynamiken seit 1989*. Münster: LIT 2010, 245 S.
ISBN 9783643109644
- Kron, Stefanie; Birgit zur Nieden; Stephanie Schütze & Martha Zapata Galindo (Hg.): *Diasporische Bewegungen im transatlantischen Raum – Diasporic Movements – Movimientos diaspóricos*. Berlin: edition tranvia – Verlag Walter Frey 2010 (= Fragmentierte Modern in Lateinamerika, Bd. 11), 308 S.
ISBN: 9783938944462
- Lagrange, Hugues: *Le Dénî des cultures*. Paris: Seuil 2010, 352 S.
ISBN: 9782021014778
- Pilisuk, Marc, & Michael N. Nagler (Hg.): *Peace Movements Worldwide*. 3 Bde. Santa Barbara, CA: Praeger Frederick A 2010 (= Contemporary Psychology), 1150 S.
ISBN: 9780313364785
- Scoones, Ian; Nelson Marongwe; Blasio Mavedzenge, Jacob Mahenehene, Felix Murimbarimba & Chrispen Sukume: *Zimbabwe's Land Reform. Myths & Realities*. Abingdon (Oxon):

James Currey Publishers 2010, 304 S.
ISBN: 9781847010247

Smith James: *Biofuels and the Globalisation of Risk. The Biggest Change in North-South Relationships Since Colonialism?* London: Zed Books 2010, 170 S.
ISBN: 9781848135727

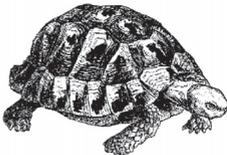
Spears, Ian S.: *Civil War in African States: The Search for Security*. Boulder, CO: Lynne

Rienner 2010, 281 S.
ISBN: 9781935049203

WIDERSPRUCH: *Nr. 58: Steuergerechtigkeit – umverteilen!* 30. Jg., 1. Halbjahr. Zürich: WIDERSPRUCH. Beiträge zu sozialistischer Politik 2010 (Bezug: Postfach, CH – 8031 Zürich), 252 S.
ISSN: 1420-0945

express

ZEITUNG FÜR
SOZIALISTISCHE BETRIEBS- &
GEWERKSCHAFTSARBEIT



Niddastraße 64, 60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info

In der Ausgabe 1/11 u.a.:

- Werner Sauerborn: »Hauptsache Gewerkschaft«, eine Zwischenbilanz, Teil II
- Edgar Weick: »Das Neue an der Neuen Linken«
- Thomas Gehrig: »Hundert Wege des Kommunismus«
- Marc Kappler: »Ärztliche Schweigepflicht« – über Versuche des Rhön-Konzerns, Kritiker juristisch einzuschüchtern
- Peter Nowak: »Großer Aufwasch bei Accor«, Filmdoku über Arbeitskampf von Reinigungskräften in Frankreich
- Murat Çakir: »Eine echte Revolution?«, zur Entwicklung in Tunesien
- Bernard Schmid: »Einer geht noch!« Zur Rolle des tunesischen Gewerkschaftsdachverbandes UGTT
- Thomas Gehrig: »Statt Privateigentum und Lohnarbeit.« Commons und die Praxis der Diggers

Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar
 Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vkl.)